echo der arbeit 2/3

VERLAGSPOSTAMT OBERHAUSEN / RHEINLAND
NUR FÜR BETRIEBSANGEHÖRIGE FEBRUAR 1959

ThyssenKrupp Corporate Archives

2/3 **echo der arbeit**
27. FEBRUAR 1959

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger
Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Rainer Bockhorst
Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66
Telefon: 24531 — Nebenstellen 2347 und 4267

ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos.

Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten Oberhausen + Düsseldorf
Klischees: Vignold, Essen

Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

AUS DEM INHALT:

Ernste Lage in der Stahlindustrie
Ich dachte, eine Bilanz sei eine trockene Sache
Organe der Aktiengesellschaft
HOAG spürt Stahlflaute
Unsere Bilanz
HOAG im Spiegel der Presse
Können wir uns das leisten?
Sprachrohr der Belegschaft
Wie steht es um das Betriebsklima?
HOAG-Chronik
Schnappschüsse

UNSER TITELBILD: Wie ein bewegtes Ornament, so hebt sich der Feuerstreifen des von der Zange des Walzwerkers gepackten Drahtes gegen den dunklen Hintergrund ab. Eine ungeheure Bewegung und Dynamik liegt in diesem Bild, wie überhaupt die Tätigkeit der Drahtwalzer — den wie eine feurige Schlange aus der Walze herausschießenden Draht zu packen, abzukneifen und in hohem Bogen, über den Kopf hinweg, in die nächste Walze zu stecken — viel Geschicklichkeit verlangt. Ein Schriftsteller, der vor Jahren die Arbeit in den Hüttenwerken beschrieb, hat dies einmal verglichen mit Laokoons Kampf mit der Schlange. Aber immer wieder werden die Männer an der Walze des feurigen Reptils Herr, immer wieder bändigen sie es, mag es auch noch so gefährlich glühen und zischen...

DIE RÜCKSEITE unseres Heftes zeigt eine Fotostudie am Rotor.

Vertrauen gegen Vertrauen

Viel wird heute über die Wichtigkeit der Information im Rahmen des betrieblichen Lebens gesprochen. Auch in Gesprächen mit unseren Belegschaftsmitgliedern sind wir immer wieder darauf gestoßen, daß viele Werksangehörige mit den Grundproblemen unseres Unternehmens und unserer gemeinsamen Existenz noch mehr und noch besser vertraut gemacht werden wollen. Deshalb wollen wir auch in diesem Jahr unseren Mitarbeitern ebenso offen und ausführlich über den Verlauf des Geschäftsjahres berichten wie unseren Aktionären. Die offene Darlegung unserer Finanzlage, der Betriebsverhältnisse und der Sorgen wie der Erfolge ist bereits zu einer schönen Tradition unseres Werkes geworden.

Unsere Aktionäre haben uns ihre Ersparnisse anvertraut, und mit diesem Geld ist im Laufe der Jahrzehnte unser Werk aufgebaut worden. Ihnen wurde durch den Geschäftsbericht sowie auf der Hauptversammlung am 28. Januar über die Entwicklung unseres Unternehmens im Geschäftsjahr 1957/58 Rechenschaft gegeben. Unsere Mitarbeiter aber stellen dem Werk ihre Arbeitskraft zur Verfügung; sie ist das Kernstück unserer Leistungen. Beide, Aktionäre wie Belegschaft, haben Anspruch, zu erfahren, wie es um unser Werk steht, vor allem, ob ihre Ersparnisse und Arbeitsplätze ihnen sicher sind.

Früher ist der Geschäftsbericht mit der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung den Mitarbeitern im wesentlichen unbekannt geblieben. Sind doch nur wenige unter uns Volkswirte, Juristen oder bilanzkundige Buchhalter. Allzuleicht hält der Arbeiter, aber auch ein großer Teil der Angestellten, den Geschäftsbericht für ein „Buch mit sieben Siegeln" oder gar die Bilanz für eine Art höherer Mathematik oder Zahlenmagie. Doch aus diesen Zahlen, die keineswegs Geheimformeln sind, sondern sich vielmehr logisch und nach einem festen System übersichtlich aufbauen, lassen sich die Lage unseres Werkes, unsere Geschäftserfolge und Sorgen und in gewisser Weise auch unsere Zukunftsaussichten ablesen. Unsere Bilanz wird in der Presse veröffentlicht, Wirtschaftsjournalisten nehmen unseren Geschäftsbericht kritisch unter die Lupe, schließlich sind es unsere Kunden, Geschäftsfreunde und auch die Konkurrenz, die sich für unsere Bilanz interessieren. Nicht zuletzt haben wir noch einen besonders kritischen Aufpasser, der sich wie kein anderer auf Bilanzen versteht: das Finanzamt, das allein etwa achtzig bis neunzig Prozent des Jahresgewinns der Großfirmen beansprucht. Bildhaft erläuterte dies unser Aufsichtsratsvorsitzender Fritz Butschkau, indem er auf die ausgeschüttete Dividende, das ist der den Aktionären verbleibende Gewinnanteil, Bezug nahm: Die Dividende ist der letzte Schluck aus einem Glas Wein, aus dem zuvor der Fiskus durch mehrere kräftige Züge seinen Durst gestillt hat.

Was aber die Aktionäre erfahren und was den Fiskus angeht, kann und soll auch vor jedem Mitarbeiter ausgebreitet werden. Sinn und Zweck dieser Ausgabe unserer Werkzeitung soll daher sein, der Belegschaft in Wort und Bild Kenntnis davon zu geben, was sich im letzten Geschäftsjahr bei uns getan hat. Gerade bei unseren Mitarbeitern legen wir den größten Wert darauf, daß sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die besonderen Probleme unseres Werkes verstehen. Gegenseitiges Verständnis ist nämlich die unerläßliche Grundlage für eine befriedigende Zusammenarbeit.

Sicherlich werden Sie, lieber Leser, sich auch hin und wieder mit Ihrer Frau darüber unterhalten müssen, wie sie mit dem Haushaltsgeld ausgekommen — oder nicht ausgekommen ist. Wahrscheinlich hat auch diese gelegentlich Veranlassung, Ihnen vorzurechnen, was der Haushalt, die Kinder, die Kleider und sonstigen Bedürfnisse an Geld verschlingen. Sie rechnen beide die Einnahmen und Ausgaben zusammen. Sie überlegen, wie Sie zurechtkommen und wie Sie sich künftig einrichten müssen, um gut hauszuhalten. Und manchmal werden Sie auch das Geleistete überschauen und feststellen, dies und das haben wir uns bisher angeschafft, manche Reparaturen wurden gemacht, aber dieses und jenes müssen wir noch bezahlen.

Kurzum: Sie machen Bilanz.

Aber während Sie nach Gutdünken Bilanz machen können, wann und wie Sie wollen, muß ein Unternehmen wie unser Werk jedes Jahr — genau am 30. September — eine solche Rechnung aufstellen. Als Aktiengesellschaft arbeiten wir mit fremdem Geld, dem Geld der Aktionäre, daher muß nach den Vorschriften des Aktiengesetzes unsere Bilanz, nachdem sie durch einen Wirtschaftsprüfer auf ihre materielle wie formelle Richtigkeit hin geprüft worden ist, in der Presse veröffentlicht werden.

Die Öffentlichkeit, deren Vertrauen wir brauchen, ist an unseren Jahresabschlüssen stark interessiert. Die Presse, die Kommunalverwaltungen der Gemeinden, in denen unsere Werke beheimatet sind, die Ministerialbürokratie in Düsseldorf und Bonn und nicht zuletzt die Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen haben ein scharfes Auge auf unsere Gesellschaft. Sie beobachten und registrieren mit großem Interesse jede Beschäftigungsänderung, die Investitionspolitik, die Ertragslage, kurz alles, was in unserer Gesellschaft vor sich geht. Und letztlich hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, über unser Unternehmen informiert zu sein. Warum? Weil unser Werk — wie jedes andere Unternehmen — nicht isoliert in einem luftleeren Raum arbeitet, sondern eingefügt ist in die Wirtschaftsstruktur einer Gemeinde, eines Landes und darüber hinaus Europas und der Welt.

Wenn wir hier durch eine möglichst umfassende Information, eben durch Erläuterungen zum Geschäftsbericht und zur Bilanz, die technischen und ökonomischen Zusammenhänge aufzeigen, in die unser Werk eingebettet liegt, so liegt es nun an unseren Lesern, daraus die Nutzanwendung zu ziehen. Geschenkt wird dabei nichts. Auch Informationen sind keine Geschenke; sie wollen vom Leser erarbeitet sein. Zwar haben wir uns bemüht, eine leichtfaßliche Sprache zu sprechen und den Text mit Bildern und grafischen Darstellungen zu unterstützen, wo immer es geht. Aber etwas Lesefreudigkeit und Zähigkeit beim Eindringen in den manchmal komplizierten Sachzusammenhang müssen wir trotzdem erwarten. Ein engeres Zugehörigkeitsgefühl zum Werk und ein besseres Verständnis für die Position jedes einzelnen Mitarbeiters in der Arbeitswelt dürften der Gewinn der kleinen Mühe sein.

Wir können nicht daran vorbei: Die Wirtschaft bestimmt unser Schicksal. Das Geschick jedes einzelnen von uns hängt in hohem Maße ab von der Art seiner wirtschaftlichen Existenz; ein Thema, über das wir uns immer wieder Gedanken machen. Der Ertrag unserer Arbeit und die Sicherheit des Arbeitsplatzes aber sind abhängig vom Bestand und von der Entwicklung unseres Werkes. Wir alle sitzen in einem Boot, das HOAG heißt. Wir alle haben uns ihm anvertraut, wir sind ihm verpflichtet, wir erwarten, daß es uns über alle Fährnisse des Auf und Ab des Wirtschaftslebens hinwegträgt. Sein Schicksal ist in weitem Maße auch unser Schicksal. Deshalb muß es uns stärkstens interessieren, wie es um unser Werk bestellt ist. Wir müssen uns mit der wirtschaftlichen Lage, der technischen Entwicklung und der Produktionsleistung vertraut machen.

Die Wirtschaft geht jeden an! — Das heißt nicht zuletzt eben auch, daß jeder von uns den Willen haben muß, sich die notwendigen Kenntnisse zum Überblick über das Wirtschaftsleben anzueignen. Dabei wollen wir helfen. Das ist, wie einleitend gesagt, das Ziel der vorliegenden Ausgabe. Doch lassen wir uns zum Schluß durch den Kopf gehen, was der französische Soziologe Lucien Romier dazu sagt: „Die Menschen unserer Zeit werden mit Wissen aller Art vollgestopft, aber etwas Wesentliches lernen sie nicht: Die Wirkungsweise und den Sinn des eigenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems zu verstehen, dessen Glieder sie sind, und von dessen Funktionieren ihr Lebensschicksal abhängt. Keine Kultur hat jemals lange bestehen können, wenn ihre inneren Gesetze nicht mehr begriffen werden. Der Unverstand, mit dem sogar der durchschnittlich Gebildete unserer Epoche den Zusammenhängen der modernen Wirtschaft und ihren inneren Gesetzen gegenübersteht, ist erschreckend."

khs

Thyssenkrupp Corporate Archives

Ernste Lage in der Stahlindustrie

Franc-Abwertung brachte die deutschen Hüttenwerke in eine kritische Situation

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, herrscht für die westdeutsche Eisen schaffende Industrie ein ernster Notstand. Schuld daran ist nicht die Marktlage, sondern ein politischer Eingriff: die Abwertung des französischen Franc.

Das Ergebnis dieser Abwertung: Französischer Stahl wird nicht nur in Süddeutschland, sondern selbst im Ruhrgebiet billiger als der deutsche angeboten. Durchweg liegen die französischen Preise, die nach den verschiedenen französischen Währungsmanipulationen schon seit längerer Zeit niedriger waren als die deutschen, nach der neuerlichen Abwertung jetzt etwa zehn Prozent unter den deutschen Preisen, das heißt rund 50 DM je Tonne Walzstahl.

Wie der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Bergassessor a. D. Dr. h. c. Hans-Günther Sohl, erklärte, würde ein Eintreten der westdeutschen Hüttenwerke in die niedrigen französischen Preise einen Einnahmeausfall von jährlich 600 Mill. DM bedeuten. Die deutschen Werke könnten dann ihre Abschreibungen nicht mehr verdienen und wären zu einem Investitionsstop gezwungen, dessen Folgen praktisch die gesamte Wirtschaft zu spüren bekäme.

Oder, so kennzeichnete Sohl die Lage, es biete sich die andere Konsequenz an, nämlich die, daß die deutschen Werke nicht in den französischen Preis eintreten. In einem solchen Fall würden ihnen viele Aufträge verlorengehen, was notgedrungen größere Stillegungen und Massen-Entlassungen zur Folge haben müsse.

Wie ist es nun zu dieser Situation gekommen? Der bekannte Montan-Journalist Dr. Wilhelm Throm schreibt in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hierzu, daß zu erwarten gewesen wäre, daß nach der Berichtigung des Franc-Kurses der französische Stahl in Westdeutschland und in den anderen Montanunionsländern an Konkurrenz gewinnen werde. „Niemand aber konnte ernsthaft vermuten", schreibt Throm, „daß die französischen Hüttenwerke ihre Listenpreise um das ganze Ausmaß der Franc-Abwertung erhöhen würden." Die Überraschung liegt also nicht in der Tatsache, daß der französische Stahlpreis — wie schon vor der Abwertung — unter dem deutschen liegt. Das Problem besteht vielmehr in der Spanne, um die der französische Stahl nunmehr billiger ist als der deutsche.

Hierzu die „Frankfurter Allgemeine"; „Das Ausmaß dieser Spanne aber ist zweifellos das Ergebnis des harten Drucks, den die französische Regierung auf ihre Stahlindustrie ausübt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französischen Hüttenwerke mit ihren Preisen höhergegangen wären, hätte nicht die Regierung ihr Veto eingelegt." Ein solches Veto aber widerspricht dem Montanvertrag, denn Preisfreiheit ist im Vertragswerk über den Gemeinsamen Markt von Kohle und Stahl zwingend vorgeschrieben.

Die deutsche Eisen schaffende Industrie — wie Bergassessor a. D. Sohl erklärte — sei der einmütigen Auffassung, daß sie auf Grund des Artikels 67 des Montanunions-Vertrages Rechtsschutz verlangen könne gegen die französischen Praktiken. Dieser Artikel 67 legt ausdrücklich fest, daß Werke dann Anspruch auf Schutz haben, wenn Maßnahmen eines Mitgliedstaates der Montanunion „eine schwere Störung des Gleichgewichts hervorrufen, sofern dieses nichts mit verbesserter Produktivität zu tun hat". In diesem Sinne kann von einer schweren Störung des Gleichgewichts wohl die Rede sein, zumal die Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse nicht durch marktmäßige, sondern rein politische Ursachen herbeigeführt wurde.

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hat sich deshalb an die Bundesregierung gewandt. Dabei verlange sie, wie Sohl hierzu feststellt, nicht etwa den Schutz ihres Marktes, denn das entstandene Problem habe mit echtem Wettbewerb nicht das geringste zu tun, sondern wirksamen Rechtsschutz. Die Hohe Behörde der Montanunion habe nur beschränkte Möglichkeiten, die durch die Franc-Abwertung heraufbeschworene Störung zu beseitigen. Deshalb gebe es nur den Weg, die deutsche Umsatzausgleichssteuer bei Einfuhr von Stahl von jetzt sechs Prozent auf zwölf Prozent zu

Fortsetzung Seite 18

Krupp Corporate Archives

Ich dachte, eine Bilanz sei eine trockene Sache

Vor mir liegt der Geschäftsbericht unseres Unternehmens mit der Bilanz für das vergangene Geschäftsjahr. Ich blättere, lese, vergleiche, Zahlen, Zahlen. Ich schließe die Augen, versuche nachzudenken. Die Zahlen in meinem Kopfe beginnen zu kreisen, werden schließlich durchsichtig, und hinter den Zahlen erscheinen Bilder, die wie ein Film vor dem geistigen Auge ablaufen. Ich sehe Räder, sehe Maschinen, sehe Menschen. Hochöfen, Stahlwerksanlagen, Walzenstraßen, geschäftig sich regende Menschen. Und das Bild wechselt: Telefone klingeln, Fernschreiber ticken, Walzstahl wird verladen, Lastzüge rattern über die Autobahn, beladen mit Oberhausener Stahl.

Transportschiffe durchfurchen die Wogen der Ozeane, bringen Erz für unsere Eisenhütte aus Schweden, Kanada, Afrika, Venezuela, Indien. Und wieder wechselt das Bild: Schreibtische in Büros, Rechnungen werden geschrieben, Buchungsmaschinen rattern, Männer sitzen am Sitzungstisch. So rollen sie vor meinem Auge ab, Bilder vom täglichen Arbeitsablauf der HOAG, und davor kreisen die Zahlen. Ich öffne die Augen. Die Bilder verschwinden. Die Zahlen kommen zur Ruhe, werden kleiner und kleiner und sind wieder dort, wo sie hingehören, im Geschäftsbericht. Aber nicht länger sind sie leer und langweilig. Hinter ihnen steht das pulsierende Leben unseres Werkes.

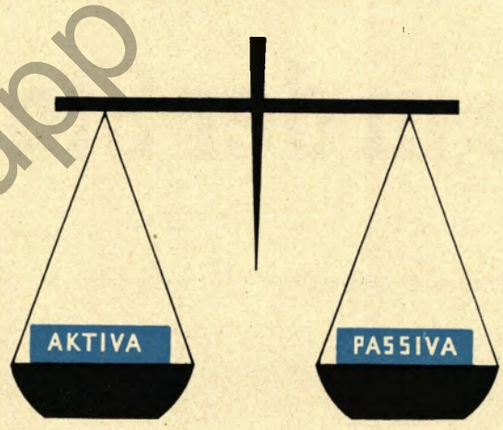
Wie lese ich nun eine Bilanz? Diese Frage haben wir in Verbindung mit den Erläuterungen zum Jahresabschluß in der Vergangenheit (vgl. insb. Ausg. 3/4 von 1955) ausführlich behandelt. Allen, die hieran interessiert sind, wird empfohlen, diesen Bericht noch einmal zur Hand zu nehmen, denn man kann nicht in jedem Jahr alles wiederholen, obwohl wir auch diesmal alles Grundsätzliche möglichst umfassend erklären wollen.

Gesetzliche Vorschriften

Wie der Jahresabschluß aufzustellen ist, schreibt das Handelsgesetzbuch vor; bei Aktiengesellschaften gelten ferner die zusätzlichen Bestimmungen des Aktiengesetzes. Als Leitmotiv der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften kann § 129 AktGes. angesehen werden, in dem es heißt: „Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordentlicher Buchführung zu entsprechen. Er ist so klar und übersichtlich aufzustellen, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt." Das Gesetz fordert also alljährlich die Aufstellung und Veröffentlichung eines Abschlusses. Dabei brauchen Kalenderjahr und Geschäftsjahr zeitlich nicht übereinzustimmen. Bei der HOAG läuft das Geschäftsjahr vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres. Bei einer Aktiengesellschaft hat der Vorstand nicht nur den Jahresabschluß, also die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen, er muß vielmehr auch einen Geschäftsbericht vorlegen, in dem er den Verlauf des Geschäftsjahres schildert, die Lage der Gesellschaft darstellt und den Jahresabschluß erläutert.

Eine zweischalige Waage

Der wichtigste Teil des Abschlusses ist jedoch die Bilanz, während die Gewinn- und Verlustrechnung in der Form, wie sie zu veröffentlichen ist, sozusagen nur einen vereinfachten Kontenauszug darstellt. Das Wort „Bilanz" stammt vom lateinischen „Bilanx", welches „zweischalig" bedeutet. In einer älteren Form wird die Bilanz auch „Balance" (bilanzieren = balancieren) genannt. Man erkennt gleich, daß der Begriff in Verbindung gebracht wird etwa mit „auswiegen" oder „Gleichgewicht halten". Stellen wir uns, so wie wir es auf den Mittelseiten dieser Ausgabe veranschaulicht haben, die Bilanz also vor als eine zweischalige Waage. Ihre beiden Schalen sind auf gleiches Gewicht ausgewogen, deshalb sind die beiden Endsummen auf der Aktiv- und Passiv-Seite die gleichen. Daß dieser Ausgleich erreicht wird, mag dem Laien als ein Kniff erscheinen. In Wirklichkeit ist es jedoch so, daß bei der doppelten Buchführung jede Buchung auf der einen eine Gegenbuchung auf der anderen Seite erforderlich macht. Das bedeutet, daß alle Mittel, die einem Unternehmen zugeflossen sind und auf der Passivseite der Bilanz gezeigt werden, sich in irgendeiner Form auch auf der Aktivseite niederschlagen. Von den beiden Schalen der Waage, als die wir die Bilanz hier einmal ansehen wollen, nimmt die rechte Schale die Kapitalwerte und die linke Schale die Vermögenswerte auf.



Daß in der Bilanz links die Vermögenswerte, meist überschrieben mit „Aktiva", und rechts die Kapitalwerte, „Passiva", stehen, ist eine reine Gewohnheit. Man könnte es auch umgekehrt machen, und die Engländer tun es sogar. Bei ihnen stehen die Liabilities — das sind die Verbindlichkeiten gegenüber den eigenen Aktionären und gegenüber den fremden Gläubigern — auf der linken, und die Assets, die Aktiva, auf der rechten Seite. Auf der übrigen Welt bilanziert man wie bei uns.

AKTIVA

Jeder von uns weiß aus eigener Anschauung, daß ein Unternehmen nur dann eine Leistung erzielen, d. h. wirtschaften kann, wenn es Vermögenswerte besitzt. Diese Vermögenswerte müssen — je nach dem Betriebszweck — in ganz bestimmter Form vorhanden sein. So sind beispielsweise für eine industrielle Erzeugung Grund und Boden, Gebäude, Maschinen und Rohstoffe nötig, um nur einige wesentliche Vermögensteile zu nennen.

Vielleicht denkt bei dem Wort „Vermögen" mancher von uns zunächst an eine bestimmte Summe von Geldbeträgen in einer Kasse. Mit Geld allein läßt sich aber noch nichts erzeugen. Es ist also notwendig, daß zumindest ein Teil des in der Kasse bereitliegenden Geldes zur Beschaffung der erforderlichen Produktionsmittel verwendet wird. Das ursprünglich in Geld vorhandene Vermögen der Gesellschaft hat dann eine Umwandlung erfahren und die Form von Grund und Boden, Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen usw. angenommen. Alle diese Güter stellen dann einen Teil des Vermögens der Gesellschaft dar und haben als solche einen bestimmten Wert.

Zwei Vermögens-Hauptgruppen

Die zwei großen Hauptgruppen, in die das Vermögen eingeteilt ist, sind das Anlagevermögen und das Umlaufvermögen.

Das Anlagevermögen, wie es durch Grundstücke, Gebäude und Maschinen gebildet wird, ist im Betrieb fest angelegt und kann seinen Zweck nur im Betrieb erfüllen.

Anders das Umlaufvermögen. Es sind dies die Werte, die dauernd im Betriebsprozeß gebraucht und verbraucht werden, wie Geld und Warenwerte, die sich beim Verkauf wieder in Geld zurückverwandeln und dann erneut im Betriebsprozeß eingesetzt werden können. Wir sehen also, daß das Umlaufvermögen viel „flüssiger" ist. Nach jedem Freiwerden der Geldwerte kann die Betriebsleitung wieder neu darüber verfügen.

Das Verhältnis von Anlagevermögen zu Umlaufvermögen charakterisiert die Vermögensstruktur. Da die Vermögenswerte im Laufe der Zeit dauernden Veränderungen unterworfen sind, ändert sich entsprechend damit auch die Vermögensstruktur. Die Maschinen werden abgenutzt und müssen ersetzt werden, möglicherweise werden die Anlagen erweitert, die Höhe der Vorräte schwankt je nach der augenblicklichen Konjunktur, die Geldbestände, bei denen es sich um Beträge handelt, die für Verpflichtungen, wie Lohnzahlungen, Einkäufe, steuerliche Abgaben und dgl., bereitgehalten werden, oder sonstige „Aktiva" bzw. Vermögenswerte nehmen zu oder ab und so fort.

Alles wird bewertet

Wenn es Zweck der Bilanz ist, an einem bestimmten Stichtag ein Gesamtbild über die Vermögenslage der Gesellschaft zu geben, dann hat das zur Voraussetzung,

thyssenkrupp Corporate Archives

daß sämtliche Vermögensteile der Unternehmung zunächst einmal bewertet, d. h. in Geld ausgedrückt werden. Erst dann läßt sich ein Vergleich mit der Vermögenslage, wie sie aus der Bilanz des Vorjahres ersichtlich ist, anstellen, der Aufschluß darüber gibt, inwiefern im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres Veränderungen in den Vermögensteilen eingetreten sind.

Bei unserem Vergleich der Bilanz mit einer Waage mit zwei Schalen sind wir davon ausgegangen, daß sich diese beiden Schalen dauernd im Gleichgewicht befinden. Wenn also die linke Schale der Bilanz (= linke Bilanzseite = Aktiva) die Vermögenswerte der Gesellschaft und die rechte Schale (= rechte Bilanzseite = Passiva) die Kapitalwerte aufnimmt, dann heißt das, daß eine Gesellschaft immer nur so viel Kapital haben kann, als sie Vermögenswerte besitzt. Wie ist das zu verstehen?

Vermögen und Kapital

Hierzu muß man sich klarmachen, daß es nicht verschiedene Dinge sind, die in der Bilanz als Vermögen bzw. Aktiva und Kapital bzw. Passiva ausgewiesen werden. Vielmehr sind Kapital und Vermögen nur zwei verschiedene Arten der Darstellung für ein und dieselbe Größe. Während nämlich die linke Seite die Formen zeigt, die das vorhandene Vermögen der Gesellschaft angenommen hat, zeigt die rechte Seite die Quellen, aus denen dieses Vermögen gespeist wird, d. h. die Passiva geben darüber Aufschluß, womit die im Betrieb tätigen (aktiven) Vermögensteile bezahlt worden sind.

Die Vermögensteile, wie Grundbesitz, Gebäude, Maschinen, müssen erst einmal erworben werden; grundsätzlich können sie nur auf zwei Arten finanziert werden: mit Eigenkapital, das ist Kapital, das von dem Unternehmer bzw. den Gesellschaftern (im Fall der Aktiengesellschaft von den Aktionären) der Unternehmung zur Verfügung gestellt wird und das das gesamte Risiko trägt — und mit Fremdkapital, das sind Kredite, die der Gesellschaft von fremder Seite gewährt werden. Der Posten Fremdkapital in der Bilanz bedeutet also, daß die Gesellschaft Fremden gegenüber Schulden hat, die sie früher oder später wird zurückzahlen müssen.

Gliederung der Bilanz

Wie wir bei der Betrachtung der Aktivseite der Bilanz von einer bestimmten Vermögensstruktur gesprochen haben, so können wir jetzt, bei der Betrachtung der Passivseite, von einer bestimmten Kapitalstruktur sprechen. Wir verstehen darunter das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital. Wir haben nunmehr bereits die Hauptgliederung einer Bilanz kennengelernt: Anlage- und Umlaufvermögen auf der Aktivseite, Eigenkapital und Fremdkapital auf der Passivseite.

Um die einzelnen Posten einer Bilanz noch besser kennenzulernen, nehmen wir eine weitere Aufgliederung vor:

AKTIVA	PASSIVA
Anlagevermögen	Eigenkapital
Grundstücke	Grundkapital
Gebäude	Rücklagen
Maschinen	
Beteiligungen	
Umlaufvermögen	Fremdkapital
Warenvorräte	Bankschulden
Forderungen	Warenschulden
Geldbestände	Sonstige Schulden

Was sind Abschreibungen?

Wie wir sehen, setzt sich das Anlagevermögen in seinen Hauptbestandteilen aus Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Beteiligungen zusammen.

Betrachten wir zunächst die drei ersten Vermögenswerte. Sie alle sind am Umsatzprozeß der Unternehmung beteiligt und unterliegen daher im Laufe der Jahre — je nach Inanspruchnahme bzw. Gebrauchsdauer — einem gewissen Wertverschleiß, wovon Grundstücke jedoch zumeist ausgenommen sind. Am deutlichsten läßt sich die Wertminderung am Beispiel der Maschinen zeigen, die ja direkt am Produktionsprozeß beteiligt sind und oft eine derart starke Abnutzung erfahren, daß sie schon nach wenigen Jahren durch neue Maschinen ersetzt werden müssen.

Diese durch die Nutzung bei den verschiedenen Anlagegegenständen entstehenden Wertminderungen werden am Bilanzstichtag in Gestalt der Abschreibungen erfaßt. Auf diese Weise erreicht man eine Berichtigung der Vermögenswerte und sorgt außerdem dafür, daß nach völligem Verschleiß des jeweiligen Anlagegegenstandes die Mittel für seine Neubeschaffung rechnungsmäßig vorhanden sind.

Dies also versteht man unter Abschreibungen. Korrekturen also zu den Vermögenswerten auf der Aktivseite, die auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden. Zu diesem Zweck dient der Posten Wertberichtigungen. Hierunter fallen im wesentlichen die Berichtigungen, die auf Grund bestehender Steuergesetze vorgenommen werden.

Und nun die Beteiligungen

Zum Anlagevermögen gehören ferner die Beteiligungen. Hierunter ist im wesentlichen ein kapitalmäßiger Mitbesitz oder auch Alleinbesitz an anderen Unternehmungen zu verstehen. Die Gesellschaft, die Beteiligungen ausweist, kommt damit in den Besitz betriebsfremder Vermögensteile, da die entsprechenden Vermögensgegenstände ja nicht im eigenen Betrieb arbeiten, sondern in fremden Unternehmungen langfristig angelegt sind.

Um nämlich die Aufgaben, die einem Hüttenwerk unserer Größe gestellt werden, durchführen zu können, ist es auch notwendig, sich zur Sicherung des Bedarfs z. B. an Rohstoffzulieferer-Firmen zu beteiligen. Die Vermögenswerte dieser Art sind in den Bilanzen unter der Position „Beteiligungen" ausgewiesen.

Zum Umlaufvermögen

Bei dem Umlaufvermögen rechnen die Warenvorräte zum kurzfristigen Umlaufvermögen, d. h. sie können relativ rasch und leicht in Geld verwandelt werden. Zu den Warenvorräten gehören einmal sämtliche Materialien und Rohstoffe, die für die Erzeugung gebraucht werden, andererseits aber auch die Erzeugnisse des eigenen Betriebes, die in halbfertigen oder fertigen Erzeugnissen vorhanden sind und noch nicht verkauft wurden.

Der Sammelbegriff „Forderungen" umschließt Forderungen verschiedenster Art. Es handelt sich hierbei um Ansprüche der Gesellschaft gegenüber Dritten, die auf Grund irgendeiner Leistung entstanden sind.

So entstehen beim Verkauf von Erzeugnissen auf Kredit (die Bezahlung erfolgt erst einige Zeit nach Lieferung der Ware) die sogenannten Warenforderungen, die in ihrer jeweiligen Höhe stark mit den Zahlungsgewohnheiten und dem Umsatz zusammenhängen. Sie sind ein Teil des kurzfristigen Umlaufvermögens, während Hypotheken und Darlehnsforderungen zumeist langfristiger Natur sind und daher für längere Zeit festgelegtes Vermögen bedeuten.

Die Geldbestände schließlich stellen die flüssigen Mittel des Vermögens dar, über die jederzeit verfügt werden kann. Sie bestehen aus dem Kassenbestand, den Bank- und Postscheckguthaben. Diese Barreserve muß stets so groß sein, daß daraus alle fälligen Verpflichtungen, wie Löhne, Steuern, Frachten usw., bezahlt werden können.

PASSIVA

Wenden wir uns nun der Kapitalseite der Bilanz zu, so sehen wir auch hier eine weitere Aufteilung der Posten Eigenkapital und Fremdkapital.

Bei einer Aktiengesellschaft besteht das Eigenkapital aus dem Grundkapital und den Rücklagen. Das Grundkapital ist eine festgelegte Summe, die nur durch ausdrücklichen Beschluß der Hauptversammlung geändert werden kann. Das Grundkapital bleibt in der Bilanz daher von den jährlichen Veränderungen, wie sie durch Gewinn oder Verlust entstehen, unberührt. Gewinne und Verluste müssen demnach in der Bilanz besonders ausgewiesen werden.

Jede Aktiengesellschaft ist zur Bildung einer Rücklage in Höhe von 10 Prozent des Grundkapitals gesetzlich verpflichtet. Meist wird darüber hinaus aber auch noch eine freiwillige Rücklage gebildet, was zu einer weiteren Vermehrung des Eigenkapitals führt.

Das Fremdkapital

Als zweite große Gruppe in der Kapitalausstattung einer Unternehmung lernten wir das Fremdkapital kennen. Wir sahen, daß es sich hierbei um Schulden gegenüber Fremden handelt, die früher oder später zurückgezahlt werden müssen. Je nach der zeitlichen Dauer, während der das Unternehmen über solche geliehenen Beträge verfügen kann, wird zwischen lang- und kurzfristigem Fremdkapital unterschieden.

Schulden und Rückstellungen

Bankschulden sind zumeist kurzfristig rückzahlbar. Oft werden derartige Kredite von der Unternehmung aufgenommen, um den toten Punkt zwischen Auftragseingang und Auftragsbezahlung zu überwinden. Auch stoßweise anfallende Verpflichtungen, die erhebliche flüssige Mittel beanspruchen, wie beispielsweise Lohn- und Gehaltszahlungen, führen vielfach zu einer vorübergehenden Verschuldung gegenüber den Banken.

Sind Warenbezüge erfolgt, die noch nicht bezahlt worden sind, so entstehen die sogenannten Warenschulden. Je nachdem, in welchem Umfang die für die Produktion erforderlichen Rohstoffe und Materialien bezogen werden, können diese Schulden eine erhebliche Bedeutung erlangen. Auch diese Schulden müssen zumeist kurzfristig bezahlt werden. Unter dem Bilanzposten „Sonstige Schulden" sind alle übrigen Schulden der Unternehmung zusammengefaßt. Sie können lang- oder kurzfristig sein, wie z. B. die Darlehensschulden, die fest verzinst werden müssen und für eine bestimmte Zeit als Darlehenskredit zur Verfügung stehen. Langfristige Schulden sind z. B. die Hypothekenschulden, wo fremdes Geld gegen Belastung eigener Grundstücke und Gebäude aufgenommen wird.

Schließlich werden in allen denjenigen Fällen, in denen Schulden entstanden sind, die ihrer Höhe nach am Bilanzstichtag noch nicht festliegen, die sogenannten Rückstellungen gebildet, die somit ebenfalls als Fremdkapital anzusehen sind.

Bei der Betrachtung der wertmäßigen Höhe des Fremdkapitals, wie es in der Bilanz ausgewiesen wird, muß man sich darüber klar sein, daß fast jede Art der Verschuldung die Verpflichtung mit sich bringt, für die geliehenen Beträge Zinsen zu zahlen. Nur in ganz seltenen Fällen werden Kredite vom Gläubiger zinslos zur Verfügung gestellt. Jede Verschuldung, die über das unbedingt erforderliche Maß hinausgeht, bedeutet daher für das zur Rückzahlung verpflichtete Unternehmen eine finanzielle Einbuße.

Über die Auswertbarkeit

Um den Wert der Bilanzen in bezug auf ihre Auswertbarkeit zu erhöhen, schreibt das Aktiengesetz sogar eine ganz bestimmte Bilanzgliederung vor, die ziemlich tiefgreifend ist und von allen Aktiengesellschaften bei der Aufstellung ihrer für die Veröffentlichung bestimmten Jahresbilanz beachtet werden muß. Dieses Bilanzschema liegt somit auch unseren Jahresabschlüssen zugrunde.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögens- und Kapitalwerte sind nun in mannigfachster Weise auswertbar. Je tiefer die einzelnen Bilanzposten gegliedert sind, um so eher kann sich der Leser einer solchen Bilanz einen Einblick in das Betriebsgeschehen verschaffen und beurteilen, ob alle Bilanzgruppen harmonisch auf die Erfordernisse des Betriebes abgestimmt sind.

Er wird den buchmäßigen Wert der Anlagen und Vorräte finden, er kann feststellen, wie groß die Forderungen der Gesellschaft gegenüber ihren Warenabnehmern sind, welche Höhe die bei den Banken oder anderen Gläubigern aufgenommenen Kredite erreicht haben, wieviel Zahlungsmittel am Stichtag der Bilanzaufstellung vorhanden waren, inwieweit sich das Verhältnis Anlagevermögen : Umlaufvermögen und Eigenkapital : Fremdkapital geändert hat, und vieles andere mehr.

Spiegelbild des Unternehmens

Der Leser einer Bilanz kann sich — auf Grund der vorgefundenen Bilanzstruktur — auch ein Urteil darüber bilden, ob das Unternehmen finanziell gesichert ist, d. h. ob genügend Eigenkapital vorhanden ist, um auch in Zeiten eines schlechten Geschäftsganges eine ausreichende Deckung der Vermögenswerte zu gewährleisten. Da gerade in solchen Krisenzeiten der Absatz stark zurückgeht, die Zahlungen auf ausstehende Forderungen nur zögernd eingehen, möglicherweise sogar größere Verluste entstehen, auf der anderen Seite Kredite aber nur schwer oder überhaupt nicht zu haben sind und außerdem hohe Zinsverpflichtungen mit sich bringen, ist es wichtig, daß zumindest der größte Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Eine Gegenüberstellung dieser beiden Posten zeigt, inwieweit das der Fall ist. Vielfach werden von dem Leser einer Bilanz die Bilanzen der Vorjahre für die Beurteilung der bisherigen Entwicklung mit herangezogen. Ein Vergleich der einzelnen Bilanzposten in den verschiedenen Jahren kann manche Aufschlüsse über die Geschäftspolitik der Unternehmungsleitung, so z. B. die Investitionspolitik, geben. Sld.

thyssenkrupp Corporate Archives

ORGANE DER AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptversammlung – Aufsichtsrat – Vorstand

Zu jeder Zeit hat es Groß- und Kleinstaaten gegeben, ebenso wie wir Großstädte und Kleinstädte, Dörfer und Marktflecken kennen. Auch das Reich der Wirtschaft gliedert sich in Unternehmen der verschiedensten Größenordnungen.

Mit der raschen Entfaltung eines immer vielschichtiger werdenden Wirtschaftslebens, beginnend um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, zeigte es sich allerdings, daß mit zunehmender Größe der Unternehmen nicht nur das Risiko der Unternehmer wuchs, sondern auch die Notwendigkeit, Kapitalien zu ihrem weiteren Ausbau in ausreichendem Maße zu erlangen. Sie überstieg in vielen Fällen die Kapitalkraft eines einzelnen. Was also lag näher, als andere, die Geld besaßen, an der Anlage ihres Geldes in dem Unternehmen zu interessieren, woraus sich gleichzeitig eine Verteilung des Risikos ergab. So entwickelten sich die verschiedensten Gesellschaftsformen für Erwerbs-Unternehmen. Heute ist das sogenannte Gesellschaftsrecht eine Materie, die die unterschiedlichen Gesellschaftsformen systematisiert und gegeneinander abgrenzt. So kennen wir neben Einzelunternehmen und Personalgesellschaften die Kapitalgesellschaften. Zu diesen zählt (neben der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Kommanditgesellschaft auf Aktien) insbesondere die Aktiengesellschaft, kurz mit AG bezeichnet (z. B. Hüttenwerk Oberhausen AG).

Die Hauptversammlung

Im allgemeinen versendet der Vorstand — die Geschäftsleitung — einer AG alljährlich (in den ersten fünf Monaten nach Ende des laufenden Geschäftsjahres) eine mehr oder weniger große Anzahl von Einladungen zur ordentlichen Hauptversammlung (im Gegensatz zur aus wichtigen Gründen einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung). Die Empfänger dieser Einladungen sind die Aktionäre der AG, also die eigentlichen Eigentümer, denn jeder einzelne von ihnen besitzt eine Anzahl von Aktien dieses Unternehmens. Da der Aktienkauf — durch Banken an der Börse — jedermann möglich ist, erklärt es sich, daß verschiedentlich einige zehntausend Menschen Anteilseigner einer Gesellschaft sind. In solchen Fällen nimmt aber meistens nur ein Teil der Aktionäre an der Hauptversammlung teil. Stets trifft man deshalb auf Hauptversammlungen Bevollmächtigte verschiedener Banken, die als Vertreter oft vieler hundert Aktionäre deren Stimmrecht ausüben (eine Aktie mit dem Nominalwert 100,— DM entspricht einer Stimme). Umgekehrt sitzt aber gelegentlich jemand unter den Aktionären, der für sich selbst (oder im Auftrage eines anderen) eine große Kapitalsumme (Aktien) vertritt. Das ist der Großaktionär, manchmal eine Privatperson, oft aber der Vertreter einer anderen Firma, die meist aus geschäftlichem Interesse Aktionär der Gesellschaft ist. Als Vertretung der Anteilseigner ist die Hauptversammlung das oberste Organ der Aktiengesellschaft und hat damit das Recht, die von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Gewinnverteilung (sofern ein Gewinn erzielt wurde) zu genehmigen oder abzulehnen. Das ist aber keineswegs der einzige Anlaß dieser Zusammenkünfte. Zu den wichtigsten Funktionen der Hauptversammlung zählen nämlich

- Beschlußfassung über Satzungsänderungen
- Bestellung des Aufsichtsrates
- Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes für das abgelaufene Geschäftsjahr
- Feststellung der Bilanz
- Beschlußfassung über Kapitalheraufsetzungen bzw. Kapitalherabsetzungen

Nach demokratischen Spielregeln wird über die zur Debatte stehenden Tagesordnungspunkte abgestimmt, wobei nicht die Stimmen der anwesenden Personen, sondern die Stimmen des vertretenen Kapitals gezählt werden (ein Kleinaktionär mit nominal 1000,— DM Aktien verfügt also über 10 Stimmen). Da Satzungsänderungen oder die Änderung des Grundkapitals nur mit dreiviertel Mehrheit möglich sind, kann schon der Besitz von 26 Prozent des Grundkapitals (qualifizierte Minderheit) einen erheblichen indirekten Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft haben.

Der Aufsichtsrat

Es gehört zu den Aufgaben der Hauptversammlung, die Mitglieder des Aufsichtsrats, der vom Gesetz vorgeschrieben ist, zu ernennen. Über die Funktionen des Aufsichtsrats sagt das Aktiengesetz u. a.: „Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen ...", was so zu verstehen ist, daß der Aufsichtsrat in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand die Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen hat. Dies geschieht durch vierteljährliche Aufsichtsratssitzungen, in denen die Geschäftspolitik festgelegt wird, sowie — auf Verlangen — zwischenzeitliche Information über den Geschäftsverlauf. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzer und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzer. Da es nicht zuletzt Aufgabe des Aufsichtsrats ist, gute Beziehungen im Interesse der Gesellschaft mit Dritten zu pflegen, finden wir häufig namhafte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben — etwa Bankfachleute, Bürgermeister, Wissenschaftler, Industrielle und Gewerkschaftler — in diesem Kreis, der, je nach der Höhe des Grundkapitals, eine unterschiedliche Personenzahl umfaßt.

Durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 ist ein Drittel der in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft zu entsendenden Mitglieder aus den Kreisen der Arbeitnehmer zu wählen. Das Mitbestimmungsgesetz von 1951 für die Unternehmen der Grundstoffindustrie (Kohle und Stahl) sieht die sogenannte paritätische Besetzung des Aufsichtsrates vor: z. B. je 5 Mitglieder werden von der Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberseite in den Aufsichtsrat entsandt. Der sogenannte „11. Mann" soll möglichst neutral sein, bei Stimmengleichheit kann seine Stimme den Ausschlag geben. Durch das Mitbestimmungsgesetz wurde der Arbeitnehmerseite eine erhebliche Mitbestimmung in der Geschäftspolitik eingeräumt, die aber gleichzeitig die Verpflichtung voller Mitverantwortung beinhaltet.

Der Vorstand

Der Vorstand — vom Aufsichtsrat bestellt und angestellt — führt die Geschäfte der Aktiengesellschaft vollverantwortlich, wobei er die Gesellschaft grundsätzlich gerichtlich und außergerichtlich vertritt.

Der Vorstand besteht meist aus mehreren Personen (etwa: kaufmännischer Vorstand, technischer Vorstand, Arbeitsdirektor). Jedes der Vorstandsmitglieder bringt bestimmte Qualitäten menschlicher und beruflicher Art mit, die ihn für die Aufgabenstellung seines Bereiches prädestinieren, und alle zusammen arbeiten im Kollegial-System zum Wohle des Werkes und seiner Belegschaft. Zwar hat jeder in erster Linie ein bestimmtes Ressort, was aber nicht besagt, daß die Arbeit nur ressortmäßig vor sich geht. Die nach dem Aktienrecht vorgesehene Verantwortung für das Unternehmen tragen die Vorstandsmitglieder gemeinsam. Dies bedingt, daß sie sich gegenseitig laufend über die wichtigsten Ereignisse ihrer Geschäftsbereiche unterrichten.

Das Mitbestimmungsgesetz sieht die Schaffung eines Arbeitsdirektors in den Gesellschaften der Grundstoffindustrie vor. Der Arbeitsdirektor, der wie alle anderen Vorstandsmitglieder nach dem Aktiengesetz vom Aufsichtsrat bestellt oder abberufen wird, ist Treuhänder eines kostbaren Gutes: der menschlichen Arbeitskraft. In der Lösung aller den Menschen betreffenden Aufgaben im Betrieb liegt die große Spannweite im Aufgabenbereich des Arbeitsdirektors. Als Vorstandsmitglied trägt der Arbeitsdirektor die gleiche Verantwortung für das Unternehmen wie die übrigen Vorstandsmitglieder.

Vielgestaltig sind die Wechselbeziehungen zwischen den drei Organen der Aktiengesellschaft, der Hauptversammlung, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand. Um diese Beziehungen von vornherein einer gewissen Ordnung zu unterwerfen, wurden bereits 1843 in einem preußischen Gesetz und später im Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch (1857—1861) größere Abschnitte der Aktiengesellschaft gewidmet. Bis 1937 galten die aktienrechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches von 1897, die dann durch ein besonderes Aktiengesetz abgelöst wurden. Es enthält 218 Paragraphen, genug, um bei kniffligen Fragen auch einen Fachmann auf diesem Gebiet manchmal in Verlegenheit zu bringen.

Gegenwärtig befindet sich eine sogenannte Aktienrechts-Reform in Vorbereitung, die wesentliche Änderungen des Gesetzes vorsieht. Das Bundesjustizministerium hat im Oktober vergangenen Jahres einen Entwurf des Reformwerkes vorgelegt.

Fortsetzung: Ernste Lage in der Stahlindustrie

erhöhen. Dr. Sohl unterstrich seinen Appell damit, daß Eile geboten sei, da es um die Lebensinteressen der Eisen schaffenden Industrie der Bundesrepublik gehe und mithin die wirtschaftliche Existenz von vieltausend Arbeitern und Angestellten auf dem Spiele stehe.

Vorgeschlagen wird also, daß der Bundestag — wie schon einmal 1953 — über ein schnell einzubringendes Gesetz die Regierung ermächtigt, auf eingeführten Stahl die Umsatzausgleichssteuer derart zu erhöhen, daß Importgüter zumindest der gleichen Umsatzsteuer unterliegen wie Inlandsprodukte. Einen gleichen Schritt hat Frankreich übrigens noch im Dezember vergangenen Jahres getan mit einer Steuererhöhung von 19,5 Prozent auf 25 Prozent. Holland und Italien sind in den letzten Jahren ähnliche Wege gegangen.

Dieser Tatbestand, der einen Schutz in echter Not fordert, rührt an die Grundlagen der materiellen Sicherung jedes einzelnen Stahlarbeiters. Das ist — wie Direktor Sohl bekannte — keine Schwarzmalerei, sondern harte Wahrheit. Die Lage sei eindeutig: Werde der deutschen Eisen schaffenden Industrie der durch politische Ursachen notwendig gewordene Schutz versagt, dann müsse dies zu einem allgemeinen Investitionsstop der Hüttenwerke führen. Die Auswirkungen eines solchen Stops aber seien gesamtwirtschaftlich überhaupt nicht zu verantworten, da sie schlechthin das Konjunkturklima in der Bundesrepublik empfindlich stören würden.

Das ist in groben Zügen die Situation, wie sie sich etwa Mitte Februar darstellte. Der Gemeinsame Markt, wodurch Zölle sowie Einfuhr- und Ausfuhrkontingente aufgehoben wurden, ist zweifellos die Ursache für die Schwierigkeiten, denen sich die westdeutsche Hüttenindustrie gegenwärtig gegenübersieht. Doch steht es uns hier nicht an, Kritik zu üben an einem Vertragswerk, das nach Vorstellung der Politiker Grundstein sein sollte für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas. Man kommt aber nicht umhin, festzustellen, daß derartige politische Manipulationen wie die Franc-Abwertung und den Eingriff in die Preisfreiheit der französischen Werke durch die Pariser Regierung unser Vertrauen in den Gemeinsamen Markt alles andere als festigen.

Der Artikel 60 des Montanunions-Vertrages, der die Möglichkeit bietet, in fremde Preise einzutreten, bleibt illusorisch, wenn die Anwendung der Wettbewerbsregeln nicht nach wirtschaftlich-fairen Gesichtspunkten erfolgt. Es ist so, daß der gemeinsame Stahlmarkt, der, abgesehen von einem vorübergehenden wirtschaftlichen Rückgang zwischen 1953 und 1954, bisher ausschließlich von der Sonne einer anhaltenden Hochkonjunktur beschienen wurde, seine eigentliche Bewährungsprobe wohl noch zu bestehen hat.

Wie schon der Tagespresse zu entnehmen war, ist als Folge der Preissituation in unserem Werk die Entlassung von vorerst 100 Belegschaftsmitgliedern in Angriff genommen worden. Dieser Schritt ist der Werksleitung gewiß nicht leichtgefallen, war aber infolge der empfindlichen Verschlechterung der Ertragslage nicht zu umgehen. Ob darüber hinaus noch weitere Entlassungen vorgenommen werden müssen, hängt ganz von der Entwicklung der Dinge ab. Diese Maßnahme wiegt um so schwerer, da die Werksleitung von dem Willen beseelt war, den Auftragsrückgang der letzten Monate, eine Folge des Lagerabbaus der Stahlverbraucher, ohne Entlassungen durchzuhalten. Tatsache ist, daß im Gegensatz zu fast allen anderen Hüttenwerken in Oberhausen bisher Entlassungen vermieden werden konnten. Nicht zuletzt war dieser Umstand zurückzuführen auf die seit Jahren befolgte Personalpolitik, insbesondere auf die bekannte Zurückhaltung in puncto Neueinstellungen, die darauf abgestellt war, der Stammbelegschaft auch in Krisenzeiten den Arbeitsplatz zu erhalten.

Nun aber mußte ein solcher Schritt dennoch getan werden. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die berechtigte Hoffnung bestand, aus dem auslaufenden Lagerzyklus wieder zu einer Belebung des Geschäftsganges zu kommen. Ursache dieser Überlegung ist — wie schon angedeutet — nicht so sehr die konjunkturelle Situation, sondern vielmehr die geschmälerte Ertragskraft des Werkes als Folge der französischen Preis- und Währungsmanipulation. —nd.

thyssenkrupp Corporate Archives

Oft hört man sagen, daß technischer Perfektionismus, verkörpert durch Rationalisierung und Automation, den schaffenden Menschen verdrängt oder ihn zum seelenlosen Werkzeug degradiert. Das ist ein Trugschluß. Auch heute ist immer noch der Mensch und seine Leistung entscheidend. So steht auch hinter den Zahlenkolonnen der Bilanz letzten Endes der Mensch. Die Zahlen sind nur ein Spiegelbild seines Wirkens, seiner Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit. So sehr auch in der vorliegenden Ausgabe Probleme der Wirtschaft, Zahlen und Statistiken ihren Niederschlag gefunden haben, - - über allen Überlegungen steht doch der Mensch. Er bestimmt die Maßstäbe; er ist das Ziel aller Dinge.

Unser Aufsichtsrat

Fritz Butschkau

Der ebenso weltgewandte als auch wegen der espritvollen und charmanten Art seiner Rhetorik hochgeschätzte Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ist einer der führenden Finanzleute. Er ist 58 Jahre alt und in Berlin geboren, wo er zur Schule ging und später auch studierte. Seit 1952 ist Fritz Butschkau Vorsitzender unseres Aufsichtsrats.

Dr. Hermann Reusch

Der 1896 geborene älteste Sohn des Schöpfers des GHH-Konzerns, des Kommerzienrats Paul Reusch, gehört zu den prominentesten Männern der Wirtschaft. Er ist Vorsitzender des Vorstands der GHH Sterkrade AG sowie des GHH Aktienvereins und Mitglied zahlreicher Verwaltungs- und Aufsichtsräte; seit 1957 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats unseres Werkes.

Christian Fette

Als Nachfolger von Hans Böckler war Christian Fette 1951–52 Vorsitzender des DGB. Unserem Aufsichtsrat gehört er seit 1952 als stellv. Vorsitzender an. Er wurde 1895 in Bremen geboren, erlernte das Buchdruckerhandwerk und war lange Jahre Maschinensetzer in einer Zeitungsdruckerei. Von Jugend an ist Christian Fette aktiv in der Gewerkschaftsbewegung tätig.

Edwin Hasenjaeger

Oberbürgermeister i. R. – Geboren 1888 in Cammin i. Pommern. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften Assessor im preußischen Justizdienst und in der Kommunalverwaltung. Oberbürgermeister in Stolp, Rheydt und Mülheim (Ruhr). Vorstandsmitglied der Schutzvereinigung für privaten Wertpapierbesitz. Seit 1952 in unserem Aufsichtsrat.

Martin Heix

Geboren 1903 in Büderich (Niederrhein), kam 1930, nachdem er zuvor einige Jahre Sekretär der Kath. Werkjugend in Moers war, als Arbeitersekretär der KAB nach Oberhausen. Seit 1946 ist Martin Heix Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und seit 1949 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dem Aufsichtsrat unseres Werkes gehört er seit 1953 an.

Dr. Hans Janberg

Vorstandsmitglied der Deutsche Bank AG. Entstammt einer westfälischen Handwerkerfamilie, 1909 in Recklinghausen geboren. Studium der Rechtswissenschaft und Betriebswirtschaft an den Universitäten Münster und Köln. Promotion zum Dr. jur.; beide juristische Staatsexamen. Zunächst Richter beim Landgericht Münster. 1936 Eintritt in die Deutsche Bank.

HOAG spürt Stahlflo

Ertragslage verschl

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG, die am 28. Januar 1959 im Werksgasthaus stattfand, gaben Vorstand und Aufsichtsrat den Aktionären unserer Gesellschaft einen Rechenschaftsbericht über das zwölfte Geschäftsjahr (vom 1. Oktober 1957 bis 30. September 1958). Insgesamt waren anwesend 372 Aktionäre oder Aktionärsvertreter, die ein Gesamtkapital von 182188000 DM und damit 1821880 Stimmen vertraten, weil auf je 100 DM Aktien eine Stimme entfällt. Vertreten waren mithin 87,6 Prozent des Grundkapitals unserer Gesellschaft von 208000000 DM.

Von großem Interesse auch für die Belegschaft ist der Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates, der von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Bankdirektor Fritz Butschkau, gegeben wurde. Über diesen Vortrag, der einen umfassenden Einblick gibt in die Lage des Werkes sowie

Zu Beginn der Hauptversammlung gedachte der Aufsichtsratsvorsitzende der 67 Belegschaftsmitglieder, die während des vergangenen Geschäftsjahres durch den Tod abberufen wurden. Ihre Namen wurden im Geschäftsbericht genannt. „Jeder von ihnen", so sagte Direktor Butschkau, „hat an seinem Platz seine Pflicht für das gemeinsame Werk getan. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren."

Nach einigen Begrüßungsworten an die anwesenden Aktionäre gab Direktor Butschkau einer besonderen Freude Ausdruck, indem er namentlich unser früheres Aufsichtsratsmitglied, den jetzt 83jährigen Bergassessor a. D., Dr. h. c. Hermann Kellermann willkommen hieß.

Gewissermaßen, so erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende, werde der 28. Januar für die Hüttenwerk Oberhausen AG zu einem traditionellen Datum; denn die diesjährige Hauptversammlung fand am gleichen Kalendertag wie im Vorjahre statt. Damit ist die HOAG wiederum das erste der per 30. September bilanzierenden Unternehmen der Eisen- und Stahl-Industrie, das seinen Abschluß vorlegt. Wie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen ist, erteilte der Wirtschaftsprüfer am 29. November 1958 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluß in seiner Sitzung vom 6. Dezember 1958 einstimmig gebilligt. Wie Direktor Butschkau der Hauptversammlung mitteilte, gilt der Jahresabschluß damit gemäß § 125 AktGes. als festgestellt.

Vertrauensträger von Arbeit und Kapital

Auf den in der vorjährigen Hauptversammlung geäußerten Vorschlag eines Aktionärs, den Jahresabschluß in Zukunft durch die HV feststellen zu lassen, sagte der Vortragende, daß man dem Gesetzgeber nicht vorgreifen wolle, sondern nach sorgfältiger Prüfung dieser Frage zu der Ansicht gelangt sei, zunächst einmal die vor der Tür stehende Aktienrechtsreform abzuwarten. Wie groß die Einwirkungsmöglichkeiten der HV nach Verabschiedung des Gesetzes tatsächlich sein werden, sei noch unbekannt. Deshalb sei es auch wenig sinnvoll, wenn Aufsichtsrat und Vorstand jetzt das Bilanzfeststellungsrecht auf die HV übertrügen, um dann unter Umständen im kommenden Jahr nach Verkündung des Gesetzes nochmalige Änderungen vornehmen zu müssen.

In diesem Zusammenhang führte Direktor Butschkau dann weiter aus, daß für unsere Gesellschaft diese Frage auch keineswegs besonders dringend sei. Die Hauptsache auch in dieser Frage, wie überhaupt bei vielen Formen des Zusammenspiels von Exekutiv- und Kontrollorganen, sei und bleibe vielmehr das Vertrauen. Auch der vollkommenste Gesetzes-Perfektionismus könne gegenseitiges Vertrauen weder schaffen noch erhalten, er könne nur — wenn das Gesetz gut sei — die Voraussetzungen dafür möglich machen. Wörtlich sagte er: „Nun soll der auf der Mitbestimmung beruhende Aufsichtsrat als Ganzes ein Vertrauensorgan sowohl der Aktionäre wie der Belegschaft sein, und ich darf wohl bei dieser Gelegenheit für den hier versammelten Aufsichtsrat unserer Hütte erklären, daß wir uns der Verpflichtungen bewußt sind, die darin liegen, Vertrauensträger von Arbeit und Kapital zu sein, der Belegschaft und der Aktionäre, und ich darf hinzufügen, daß wir dankbar die Vertrauensatmosphäre empfinden, in der wir bisher arbeiten konnten."

Wolken verfinstern den Himmel der Konjunktur

Nach dieser Einleitung gab der Aufsichtsratsvorsitzende einige Erläuterungen zum Geschäftsbericht. Während auf der vorigen Hauptversammlung die Wiedervereinigung mit der Kohle im Vordergrund gestanden habe, sei für das abgelaufene Geschäftsjahr der Umschwung in der Marktlage als der wichtigste Faktor anzusprechen. Er erinnerte bei dieser Gelegenheit an seine Worte aus dem Vorjahr, worin er die Vermutung ausgesprochen hatte, daß „die atmosphärischen Verhältnisse sich verschlechtern" würden, die HOAG aber das gute Wetter bisher so gut genutzt habe, „daß wir auch auf bezogenen Himmel gefaßt sind".

Nun sei dies eingetroffen. „In etwas reicherem Maße, als wir befürchteten." Die Sonne der Konjunktur, so bezeichnete er ein Bild von der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation des Bergbaus und der Eisen schaffenden Industrie, scheine sich beharrlich hinter den Wolken zu halten.

thyssenkrupp Corporate Archives

...te - - Auftragsrückgang macht Sorgen - -

...chtert - - Trotz allem: Kein Pessimismus

...über den weiteren Verlauf der Hauptversammlung, berichten wir nachstehend recht ausführlich.

Die Aktionäre hatten sich versammelt, um über 5 Punkte der Tagesordnung zu diskutieren und zu beschließen:

- **Vorlage des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1957/58 mit dem Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates**
- **Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns des Geschäftsjahres 1957/58**
- **Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1957/58**
- **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1958/59**
- **Wahl zum Aufsichtsrat**

Auf den Erwerb der Bergbau-AG Neue Hoffnung eingehend, führte Herr Butschkau aus, daß selbstverständlich auch die Neue Hoffnung unter der Lageverschlechterung des Steinkohlenbergbaus leide, die um die Jahreswende 1957/58 begann. Es sei müßig, auf die Gründe einzugehen, die zu dem Nachfragerückgang nach Kohle geführt hätten, seien es nun Witterungsfragen, das Vordringen des Heizöls, der Abbau der Bestände der Kohle verbrauchenden Wirtschaft, verminderte Exporte oder die vielbesprochenen langfristigen Kohle-Import-Verträge. Auch den Niederschlag des Nachfragerückgangs, d. h. das Anwachsen der Haldenbestände, das Einlegen von Feierschichten und die Verringerung der Belegschaften sowie die Steigerung der Schichtleistung setze er als bekannt voraus und konnte sich daher ersparen, im einzelnen darauf einzugehen.

„Wenn man vom Rathaus kommt", so folgerte er, „ist man meistens klüger als vorher. Und so scheint heute festzustehen, daß nicht nur wir in Deutschland uns in der Bedarfsschätzung für Primär-Energie mit allen daranhängenden Konsequenzen verschätzt haben, sondern daß auch die bei Ausflügen in den Schätzungszahlen-Bereich relativ leichtfüßige Hohe Behörde starken Irrtümern unterlag."

Als einen Fehler in der Kohle-Politik der Hohen Behörde bezeichnete er den Umstand, daß der Ruhr während der kohlearmen Zeit vor einigen Jahren eine Versorgungspflicht für das Gebiet der Montanunion auferlegt wurde, während auf der anderen Seite keine Abnahmeverpflichtung der Montanunions-Partner gegeben ist, sondern diese bei Eintreten der Preisschere zwischen Inlands- und Importkohle frei ihre eigenen Wege gehen dürfen. Ob nun das Kohleprogramm der Bundesregierung uns weiterhelfen werde, bliebe zunächst einmal abzuwarten. Sicher aber würden die Zollmaßnahmen Erfolge bringen. Die geplanten Selbsthilfemaßnahmen des Bergbaus seien ihrer Natur nach langfristig und würden sich somit auch erst nach Ablauf eines längeren Zeitraums auswirken.

Vereinigung mit dem Bergbau war richtig

„Wir sind jedoch unverändert der Meinung, daß — auf lange Sicht gesehen — die Wiederherstellung des Verbundes durch Vereinigung mit der Bergbau-AG Neue Hoffnung richtig gewesen ist." Aber auch in dem zurückliegenden kurzen Zeitraum seien gewisse Vorteile schon unverkennbar. Die Tatsache, daß alle Kostenerhöhungen im Energieeinsatz vermieden werden konnten, ja im Gegenteil eine gewisse Degression zu beobachten war, bezeichnete er als beachtenswert. Ein äußerer Ausdruck dafür sei die Senkung der Gichtgasverluste, insbesondere an Sonntagen. Seitdem die Stromerzeugung des Bergbaus zusätzlich als Regulativ für die Gichtgaswirtschaft der Hütte einbezogen werden könne, sei der Überschuß an Sonntagsgas praktisch verschwunden. Auch in der Abteilung „Verkehr" seien wesentliche Rationalisierungen möglich gewesen und weitere in Vorbereitung.

Die Haldenbestände der Neuen Hoffnung betrugen, nach den Ausführungen Butschkaus, Anfang Januar 302000 t Koks und 70000 t Kohle. Die Hütte selbst hat rund 100000 t Koks auf Lager, was etwa einem Monatsbedarf entspricht. Im übrigen teilte Herr Butschkau mit, daß, um die Belange des Ruhrbergbaus im allgemeinen zu berücksichtigen, der Roheisenverbrauch je Tonne Rohstahlerzeugung von 757 kg/t in 1956/57 auf 806 kg/t im letzten Quartal 1958 gesteigert wurde, um trotz sinkender Produktion die Einschränkungen im Koksverbrauch möglichst niedrig zu halten. Dadurch sei allerdings auch der Einsatz von fremdem Schrott gesenkt worden, was der Werksleitung hinsichtlich der rückläufigen Schrottpreise nicht immer leichtgefallen sei.

„Zur Zeit", so betonte der Aufsichtsratsvorsitzende, „sind in Oberhausen noch alle sieben Hochöfen in Betrieb. Sollte bis zum Frühjahr die erhoffte Belebung nicht eintreten, so wird die Stillegung eines großen Hochofens nicht zu vermeiden sein."

Bei einer wirtschaftlichen Betrachtung der Zweckmäßigkeit des Verbundes auf längere Sicht müsse natürlich auch berücksichtigt werden, daß im Falle von Mangellagen bei Brennstoffen die organische Verbindung mit dem Bergbau die Produktion der Hütte sichere.

„Wenn wir nicht alle so vergeßlich wären", resümierte der Vortragende, „würden wir uns noch an die Zeit des Abschlusses von Importverträgen für US-Kohle erinnern. Mesalliancen, von denen wir am liebsten heute nichts mehr hören. Sicherlich wären für die Hütte die

Fortsetzung Seite 24

Walter Kaecke

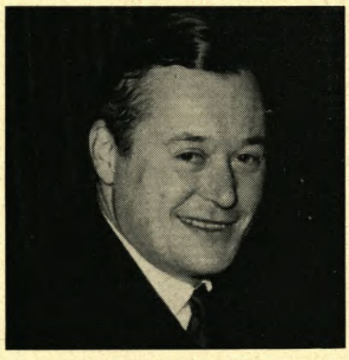
Bergwerksdirektor der Neumühl AG für Bergbau und Industrie, Duisburg-Hamborn. 1887 geboren in der niederschlesischen Landgemeinde Mallmitz (Kr. Sprottau). Nach Ausbildung im Bankfach, Tätigkeit bei verschiedenen Bankinstituten, seit 1919 in der Hanielschen Vermögensverwaltung. Mitglied des Aufsichtsrats unseres Werkes ist Walter Kaecke seit 1952.

Wilhelm Petersen

Gebürtig von der Waterkant, aus Hamburg-Altona. Gelernter Werkzeugmacher. 69 Jahre alt. Verschrieb sich schon früh den Idealen der Arbeiterbewegung und war vor 1933 erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Bis 1956 Vorstandsmitglied der IG Metall, danach Vorsitzender des Ausschusses der IGM. Seit 1952 in unserem Aufsichtsrat.

Wilhelm Robben

Vertreter der Angestelltenschaft des Werkes im Aufsichtsrat, dem er seit 1956 angehört. Jahrgang 1920. Gehört seit 1937, dem Eintritt in die kaufmännische Lehre, zur Belegschaft. Willi Robben, der Mitglied des Gewerkschaftsrates der Deutschen Angestelltengewerkschaft — des Spitzengremiums der DAG — ist, ist seit 1953 zweiter Vorsitzender des Betriebsrats.



Dr. Krafft Frh. v. d. Tann-R.

Der sportlich wirkende Mittvierziger entstammt einer alten bayerischen Familie. In München Studium der Rechtswissenschaften, beide juristische Examen, Promotion zum Dr. jur. Nach Rückkehr aus dem Kriege kaufmännische Lehre. Danach Studienreisen nach England, USA und Kanada. 1950 Wirtschaftsprüfer-Examen. Seit 1954 in unserem Aufsichtsrat.

Heinrich Verhoeven

Vorsitzender des Betriebsrats, dem der im 52. Lebensjahr stehende frühere Kranführer aus dem Siemens-Martin-Werk seit 1948 — mit eineinhalbjähriger Unterbrechung — angehört. Als Wahrer der Interessen der Arbeiterbelegschaft im Aufsichtsrat trat er durch registerrichterlichen Beschluß an die Stelle von August Jürs und wurde jetzt durch die HV gewählt.

ThyssenKrupp Corporate Archives

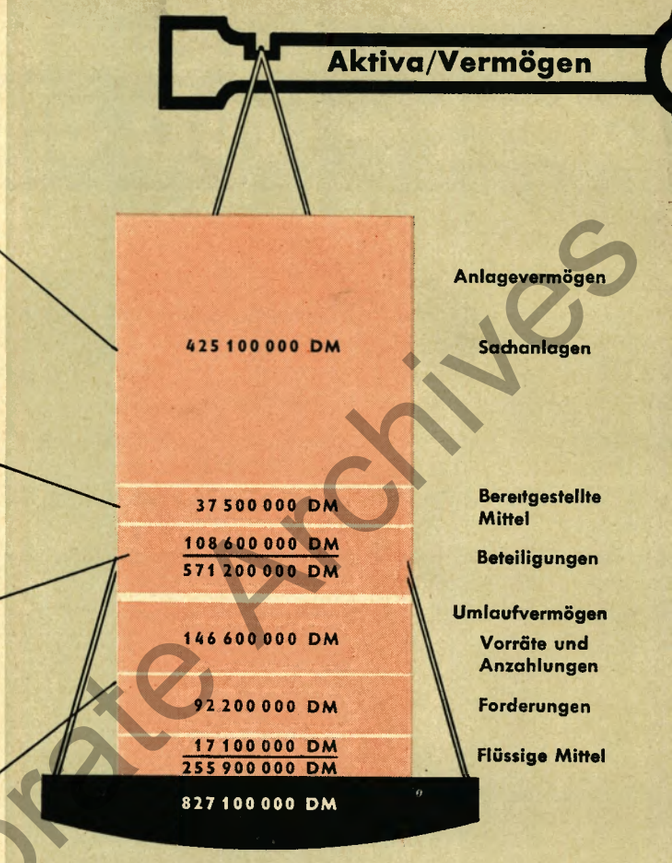
UNSERE BILANZ

Zwei Hochofen-Anlagen mit insgesamt acht Öfen, ein Thomas-Stahlwerk, zwei Siemens-Martin-Stahlwerke, ein Rotor-Stahlwerk, zwei Block-Walzwerke, eine Halbzeugstraße, eine schwere Profilstraße, ein Stabstahl-Walzwerk, eine Feineisenstraße, ein Draht-Walzwerk, eine Radsatzschmiede, zwei Grobblech-Walzwerke, ein Mittelblech-Walzwerk, ein Feinblech-Walzwerk, ein Preßwerk und eine Zement- und Hüttensteinfabrik in Oberhausen sowie das Drahtwerk in Gelsenkirchen bilden die Grundlage der Werksanlagen.

Hierbei handelt es sich um vorübergehend angelegte flüssige Mittel, die aus der Anleihe von 1958 sowie aus im Berichtsjahr aufgenommenen Krediten stammen und die für künftige Investitionszahlungen vorgesehen sind.

Zu den wesentlichen Beteiligungen gehören die Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung, Oberhausen, und die Hansa-Rohstoffverwertung GmbH., Düsseldorf; sie dienen namentlich unserer Rohstoffversorgung.

Seit der Währungsreform erhöhten sich die Vorräte (einschl. Anzahlungen) im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsumfanges um rd. 110000000 DM. Insgesamt gesehen ist das Umlaufvermögen beträchtlich höher als die kurzfristigen Verbindlichkeiten.



Für Investitionen (Sachanlagen) wurden seit der Währungsreform bis zum 30. September 1958 rund 500 000 000 DM investiert. Der Umsatz des Berichtsjahres betrug 767 000 000 DM. Am 30. September 1958 beschäftigte das Werk 14 475 Belegschaftsmitglieder.

Roheisen
1 383 000 t

Rohstahl
1 642 000 t

Walzstahl
1 269 000 t

HOAG

thyssenkrupp Corporate Archives

Passiva/Schulden

Das Grundkapital, welches im Zuge des Erwerbs der Beteiligung an der Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung durch Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung vom 13. August 1957 von 104000000 DM auf 208000000 DM erhöht wurde, erfuhr in 1957/58 keine Veränderung.

Die Rücklagen dienen der Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft und sind teilweise zur Deckung des Gegenwartswerts der Vermögens-abgabe von 70000000 DM bestimmt.

Sie stellen Berichtigungsposten zu den Sachanlagen und zum Um-laufvermögen dar.

Hierin sind namentlich Pensionsrückstellungen in Höhe von 85000000 DM enthalten.

Diese langfristigen Investitionskredite werden mit unterschiedlichen Jahresraten laufend bis 1980 getilgt.

Der Posten enthält vor allem Warenschulden, erhaltene Anzahlungen sowie am Bilanzstichtag noch nicht fällige Steuern, Personalaufwen-dungen, Zinsen usw.

Hieraus wird die Dividende in Höhe von 9% auf das Grundkapital gezahlt.

ThyssenKrupp Corporate Archives

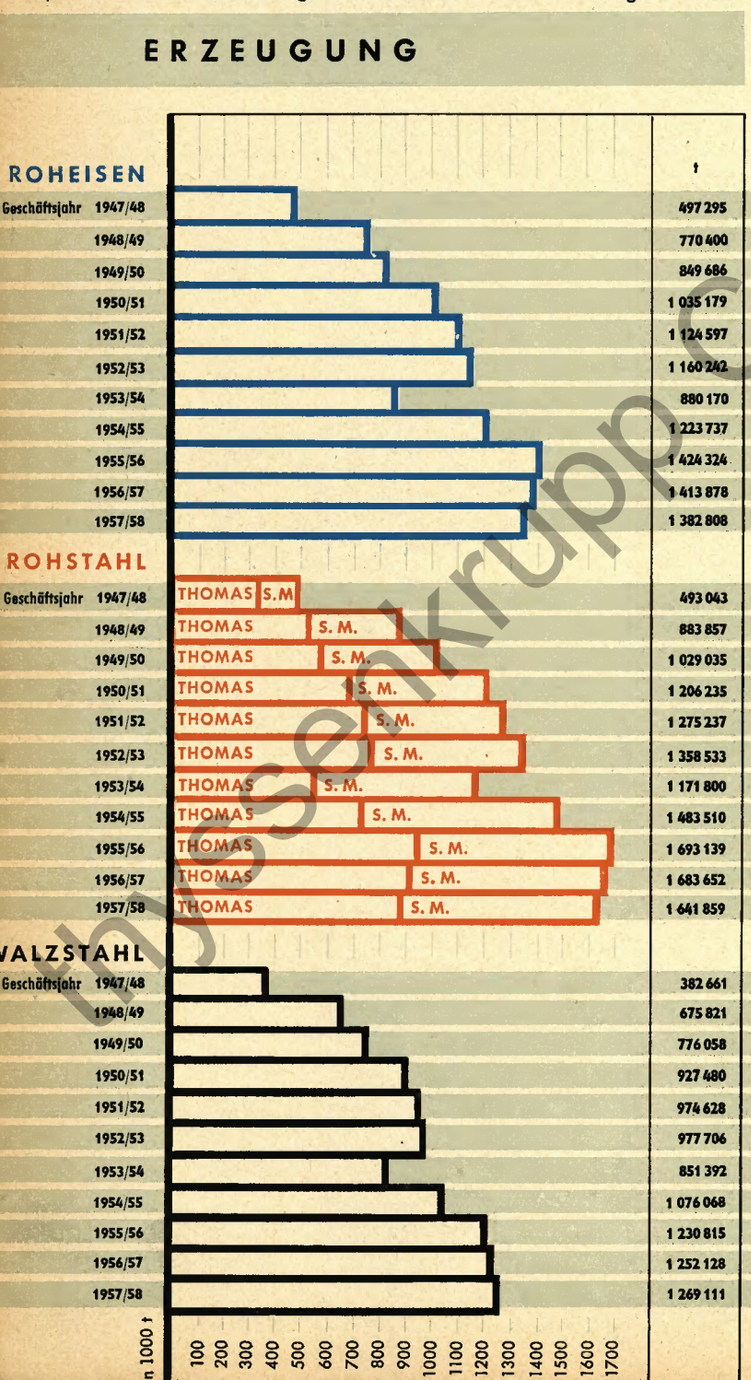
hieraus entstandenen und noch entstehenden Lasten noch größer gewesen, wenn wir nicht die solide Ehe mit unserer Kohlengesellschaft eingegangen wären."
Von den sonstigen Beteiligungen erwähnte er die MIFERMA (Société Anonyme des Mines de Fer de Mauritanie, Fort Gouraud), eine Studiengesellschaft zur Untersuchung afrikanischer Erzlagerstätten, an der die HOAG neben elf anderen deutschen Montanunternehmen beteiligt ist.

Beteiligungen sichern Rohstoffzulieferungen

Weiter nannte er die Übernahme der holländischen Reederei N. V. Ertslijn, Rotterdam, wodurch die HOAG von den für die Rohstoffbezüge nachteiligen Schwankungen des internationalen Frachtenmarktes unabhängiger wird. Die Gesellschaft, deren Kapital in Höhe von 750000 hfl. inzwischen von der HOAG erworben wurde, besitzt zwei Erzschiffe, die trotz der derzeitigen Frachten-Baisse noch zufriedenstellende Ergebnisse versprechen.
Die N. V. Kruwal, ein Erz- und Kohle-Umschlags- sowie Lagerbetrieb im Hafen von Rotterdam, woran die HOAG mit 25 Prozent des Grundkapitals in Höhe von 4 Mill. hfl. beteiligt ist, hat — wie Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau der Hauptversammlung mitteilte — ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahr aufgenommen. Mit den bisherigen Leistungen sei man zufrieden.
Demgegenüber seien für die Hansa-Rohstoffverwertungs G.m.b.H., ebenfalls eine Beteiligungsgesellschaft, Verluste nicht zu vermeiden gewesen. Wie schon für die Steinkohle festgestellt, so hätten sich allgemein auch auf dem Schrottsektor starke Fehleinschätzungen des Bedarfs gezeigt. Dies sei insbesondere zurückzuführen auf die in Luxemburg vertretene These eines strukturellen Schrottmangels in den beteiligten Ländern.
Auch die Wohnungsgesellschaft Dümpten m.b.H. wurde unter den Beteiligungen von Butschkau erwähnt. Im Berichtsjahr baute die WGD erstmalig Wohnungen für die Belegschaft der Tochtergesellschaft Bergbau-AG Neue Hoffnung. Die Investitionen der Wohnungsgesellschaft betrugen im Geschäftsjahr 1957/58 insgesamt 7834000 DM.

Eigenmittel unverändert: 345 Millionen

Alsdann wandte sich Herr Butschkau einem Bilanzüberblick im größeren Rahmen zu. „Unsere eigenen Mittel", so erläuterte er, „setzen sich unverändert aus dem Grundkapital von 208 Mill. DM, der gesetzlichen und der anderen Rücklage mit zusammen 92,8 Mill. DM sowie aus einem als Eigenmittel zu betrachtenden Anteil von rund 40 Prozent der Sonderabschreibungen mit netto 42 Mill. DM zusammen, so daß — ohne Berücksichtigung der nicht bilanzierten Lastenausgleichs-Vermögensabgabe von rd. 70 Mill. DM — die Eigenmittel demnach unverändert rd. 345 Mill. DM betrugen."
Die Erhöhung der fremden Mittel um rund 50 Mill. DM erklärte er den Aktionären durch die im Sommer vorigen Jahres erfolgte Begebung einer 6½prozentigen Industrieanleihe von 40 Mill. DM sowie durch den Zufluß eines 2-Mill.-Dollar-Kredites durch die Hohe Behörde. Diese zufließenden Mittel hätten neben den Abschreibungen ausgereicht, um die Investitionen zu finanzieren.
Wie der Aufsichtsratsvorsitzende ausführte, ergab sich danach Ende des Geschäftsjahres eine Relation zwischen Eigenmitteln und Fremdmitteln auf der Passiv-Seite der Bilanz von 34%:64%, wobei sich der Anteil an Fremdkapital um 2 Prozent erhöht hat.



Erhöhung des Grundkapitals indiskutabel

Zur Frage einer Kapitalerhöhung bei der HOAG, wovon in der öffentlichen Diskussion in letzter Zeit vielfach die Rede war, sagte Butschkau, daß diese Frage sehr sorgfältig geprüft worden sei, man jedoch unter Berücksichtigung der gesamten Finanzdisposition des Werkes zu dem Schluß gekommen wäre, daß eine Aufstockung des Aktienkapitals nicht notwendig sei.

Kontinuierliche Investitionspolitik

Als wesentlichste Investitionen nannte er den im Vorjahr begonnenen Bau des Hochofens A, die Errichtung einer Erzsinteranlage sowie den Ausbau der Stahlwerke. Den Neubau eines Hochofens, darauf hatte Direktor Butschkau schon in der vorjährigen Hauptversammlung hingewiesen, bezeichnete er auch diesmal als dringend notwendig, um die vorhandenen Öfen, die in den vergangenen Jahren teilweise überbeansprucht wurden, neu zustellen zu können.
Auch eine neue Sinteranlage sei unbedingt erforderlich, um die für einen wirtschaftlichen Hochofenbetrieb notwendigen Vorbereitungen der Rohstoffe durchführen zu können. Dann erst würde es möglich sein, die Sinterung von Feinerzen, deren Marktanteil ständig wächst, wesentlich zu steigern. Die Sinteranlage, so teilte der Aufsichtsratsvorsitzende mit, soll voraussichtlich Ende 1959 in Betrieb genommen werden. Zur gleichen Zeit soll auch der Bau des neuen Hochofens abgeschlossen sein.
Was den Ausbau der Stahlwerke betrifft, so erwähnte Herr Butschkau, daß im März vergangenen Jahres ein zweiter Rotor in Betrieb genommen wurde und daß bereits über 5000 t Rotorstahl im Monat erzeugt wurden. Dieser Stahl erfülle qualitativ, insbesondere hinsichtlich seines guten Reinheitsgrades, die in ihn gesetzten Erwartungen. Das Rotorverfahren habe sich ferner als sehr geeignet für die Herstellung spurenarmer Stähle erwiesen, wie sie u. a. im Reaktorbau gebraucht werden. Auch im Schiffsbau sei eine unbeschränkte Verwendung von Rotorstahl möglich. — Die Arbeiten an der Erweiterung der Siemens-Martin-Stahlwerke, führte der Referent aus, nähmen mit der Erstellung des ersten 200-t-Ofens ihren planmäßigen Fortgang.

Höhe der Dividende wie im Vorjahr

Zur Ausschüttung von 9 Prozent Dividende führte Butschkau aus, daß damit dem im letzten Geschäftsjahr noch guten Gesamtergebnis Rechnung getragen werde. „Wir haben die Festlegung dieser Dividende sehr sorgfältig im Vorstand und Aufsichtsrat erörtert." Im übrigen, so stellte er fest, liege ein Satz von 9 Prozent durchaus in der Linie vergleichbarer Werke. Jedoch sei es höchst ungewiß, ob — so hoch man auch den Gesichtspunkt der Kontinuität der Dividendenpolitik einschätze — dieser Satz auch für das laufende Geschäftsjahr beibehalten werden könne. Auch dürfe man nicht vergessen, daß die Dividende in Höhe von insgesamt 18720000,— DM, die aus dem Reingewinn von 18777766,57 DM (der noch verbleibende Betrag von 57766,57 DM wird auf neue Rechnung vorgetragen) gezahlt wird, „den letzten Schluck aus dem Weinglas darstellt, nachdem zunächst das Kollektiv über den Mund des Fiskus seinen Durst durch mehrere kräftige Züge befriedigt hat. Man wird einwenden, daß auch die Betriebe zur eigenen Durststillung einen kräftigen Schluck auf ihr eigenes Wohl zu trinken pflegen. Nach gewissenhafter Überlegung und Unterrichtung darf ich Ihnen aber sagen, daß die HOAG im abgelaufenen Geschäftsjahr in dieser Hinsicht fast abstinent gewesen ist, weniger aus moralischen als aus Gründen der Diät."

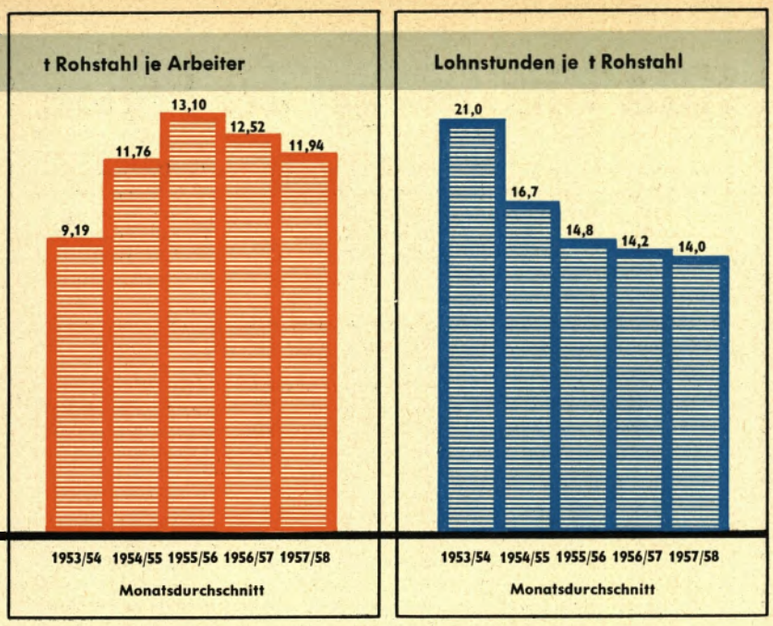
Die gegenwärtige Lage: Verschnaufpause

Auf die wirtschaftliche Lage des Werkes eingehend, berichtete Direktor Butschkau, daß der Mengenanteil der HOAG an vergleichbaren Erzeugungszahlen der Bundesrepublik gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert geblieben ist, und zwar mit 7,9 Prozent bei Roheisen und 6,9 Prozent bei Rohstahl, bei Walzstahl-Fertigerzeugnissen habe sich dagegen ein Anstieg von 6,5 auf 7 Prozent ergeben.
Die gegen Ende des Geschäftsjahres verstärkt einsetzende rückläufige Entwicklung habe leider angehalten. „Vergleichen wir den Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember in 1957 mit denen des Jahres 1958, d. h. die ersten Quartale des vergangenen und des laufenden Geschäftsjahres, so ergibt sich beim Versand von Walzstahl eine Senkung um rund 17 Prozent, bei den Gesamtumsätzen wertmäßig um rund 17 Prozent." Dieser Rückgang in Oberhausen, so ergänzte er, liege etwa im Schnitt der Eisen schaffenden Industrie der Bundesrepublik. Auf lange Sicht neigten Vorstand und Aufsichtsrat jedoch nicht zu einer pessimistischen Beurteilung der Lage. Er zitierte einen Bericht aus der Fachpresse, dessen Überschrift „HOAG in der Verschnaufpause" die Lage des Werkes treffend charakterisiere. In einer solchen Pause sammele man seine Kräfte. Das bedeute praktisch, überflüssige wirtschaftliche und technische Kosten festzustellen und zu beseitigen, zu kalkulieren, zu sparen und auf weitere Rationalisierung bedacht zu sein. Zusammenfassend: „Wir müssen Ruhe bewahren, uns vor extremem Optimismus wie Krisenfurcht hüten und nicht nur auf den technischen, sondern auch auf den wirtschaftlichen Sektoren elastisch sein."

Weiterhin wachsender Stahlverbrauch

Die Erfordernisse des Verkehrs, das Tempo der technischen Evolution schlechthin und nicht zuletzt der anhaltend hohe Stand der Bautätigkeit stützten — auch weltwirtschaftlich gesehen — unsere Industrie. So stimme die Tatsache hoffnungsvoll, daß trotz der augenblicklichen Flaute der Stahlverbrauch weiterhin im Steigen begriffen sei. Der Abbau der Läger ermutige zu der Hoffnung, daß in absehbarer Zeit auch der Auftragseingang der Eisen schaffenden Industrie sich wieder belebe. „Immerhin", so sagte der

hyssenkrupp corporate Archives



Redner, „sind wir nie so optimistisch gewesen, um anzunehmen, daß die goldenen Jahre der Prosperität nun von aller Ewigkeit seien; denn schließlich war die Hausse der letzten Jahre alles andere als normal." Aber nach wie vor sei die Stahlindustrie ein Spiegelbild der gesamten Volkswirtschaft. Statistisch drücke sich dies darin aus, daß zwischen der Entwicklung des Bruttosozialprodukts — also der Summe der gesamten Wertschöpfungen einer Volkswirtschaft — und dem Stahlverbrauch eine enge gegenseitige Abhängigkeit bestehe. Statistisch spreche man hier von einer Korrelation. Hierdurch werde ausgedrückt, daß ein steigendes Bruttosozialprodukt eine entsprechende Erhöhung des Stahlverbrauchs und ein fallendes Bruttosozialprodukt einen entsprechenden Rückgang des Stahlverbrauchs zur Folge habe.

Betriebliche Sozialpolitik auf neuen Wegen

Anschließend leitete der Aufsichtsratsvorsitzende über auf das Gebiet des Personal- und Sozialwesens. Er kennzeichnete das gesetzliche Ordnungsprinzip der Mitbestimmung und den für unsere Gesellschaftsordnung geltenden Grundsatz der individuellen Freiheit. In richtiger Beurteilung dieser Faktoren habe die Werksleitung den Weg fortgesetzt, nicht mehr zeitgemäße soziale Einrichtungen einzuschränken und sich zunächst innerhalb der betrieblichen Sozialpolitik der Unfallverhütung, der Gesundheitsvorsorge und Altersfürsorge verstärkt hinzuwenden.

Erfreuliche Haltung der Belegschaft

Auch auf die Entwicklung des Krankenstandes ging der Vortragende ein, indem er ausführte, daß in einer Zeit, in der allgemein der Anstieg der Krankenziffern und Krankenkassenbeiträge bedauert werde, bei der HOAG die Dinge günstiger verlaufen seien. Er verwies darauf, daß durch eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit wohl schon bekannt geworden sei, daß infolge des niedrigen Krankenstandes sowohl die von den Versicherten und vom Werk je zur Hälfte aufzubringenden Beiträge wieder gesenkt werden konnten, als auch die Leistungen der Betriebskrankenkasse erhöht wurden. In diesem Zusammenhang stellte er besonders deutlich heraus: „Es sind aber nicht primär diese materiellen Auswirkungen des Krankenstandes, sondern vielmehr die erfreuliche Haltung unserer Belegschaft zu diesem Problem, die unsere Aufmerksamkeit und Anerkennung verdienen."

Die seit Jahren rückläufige Entwicklung der Betriebsunfälle und Berufserkrankungen, die im vergangenen Geschäftsjahr erstmalig unterbrochen wurde, kennzeichnete er damit, indem er schilderte, daß trotz des auf die beiden letzten Geschäftsjahre bezogenen Anstiegs von 3,8 auf 4,1 Unfälle auf je 1000 Beschäftigte, die HOAG mit kaum einem Drittel der durchschnittlichen Unfallhäufigkeit der bei der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft versicherten Werke weiterhin an der Spitze aller vergleichbaren Großbetriebe liege.

Monatliche Lohnzahlung hat sich bewährt

Die Beschäftigtenzahl, so gab Direktor Butschkau bekannt, ist bis zum 30. 9. 1958 um 225 weiter auf insgesamt 14475 Belegschaftsmitglieder zurückgegangen. Diese Belegschaftseinschränkung sei verhältnismäßig gering; sie erkläre sich ausschließlich aus nicht wieder aufgefüllten Abgängen. Durch bewußte Zurückhaltung bei Einstellungen in den vorhergehenden Jahren besserer Beschäftigung hätten bis jetzt Entlassungen und Kurzarbeit vermieden werden können. Der Belegschaft sprach er besonderen Dank für das Verständnis aus, das sie den aus der veränderten Produktionslage sich ergebenden zahlreichen Personalumbesetzungen, die oft mit nachteiligen Begleitumständen verbunden gewesen seien, entgegengebracht habe.

Außerdem berichtete der Aufsichtsratsvorsitzende den Aktionären, daß seit Juni 1958 die monatliche Lohnzahlung praktiziert wird und im Werk Gelsenkirchen darüber hinaus seit November 1958 alle Monatslöhne in Zusammenarbeit mit der Sparkasse bargeldlos gezahlt werden. „Die ersten Erfahrungen sind gut", erklärte Direktor Butschkau, der als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gerade dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zukommen läßt. Die neue Zahlungsform werde im allgemeinen begrüßt und scheine auch einen gewissen Sparanreiz auszuüben. Als interessant bezeichnete er die Tatsache, daß bisher am Bankschalter noch kein ungedeckter Scheck eines Gelsenkirchener HOAG-Belegschaftsmitgliedes vorgekommen sei.

4500 Wohnungen stehen zur Verfügung

Zum Wohnungsbau berichtete er, daß den Werksangehörigen jetzt insgesamt 4500 Wohnungen zur Verfügung ständen. Die Wohnungsbaugesellschaft habe während des Geschäftsjahres ihre Bautätigkeit ohne Einschränkungen fortgeführt. Die Finanzierung erfolge wie bisher über Hypotheken, sogenannte Landesmittel und 7c-Darlehen. Nach Vornahme der steuerlich möglichen Sonderabschreibungen weise die Wohnungsbaugesellschaft verständlicherweise einen Verlust auf, der von der Muttergesellschaft auf Grund eines Organvertrages übernommen wurde. Wenn man die Sonderabschreibungen ausschalte, dann habe die Wohnungsbaugesellschaft ohne Verlust gearbeitet. — Zum Eigenheim-Programm meinte er, sosehr auch die Förderung der Eigenheime anstelle der Mietwohnungen begrüßt werde, so sei doch für den Raum Oberhausen auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Grundstücksbeschaffung hinzuweisen. Bei längeren Anmarschwegen müsse das Eigenheim mit erhöhten finanziellen Lasten für den Anmarschweg erkauft werden, was wiederum problematisch sei.

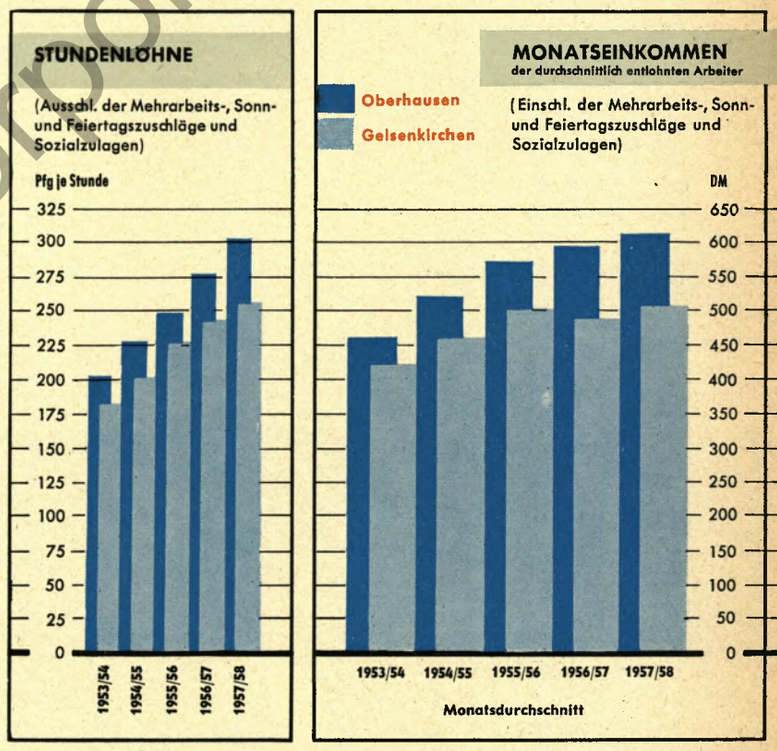
Dank an den Vorstand und an alle Mitarbeiter

Damit beendete Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau seinen Bericht über die Lage des Werkes. Als Vorsitzer der Hauptversammlung dankte er auch im Namen der Aktionäre der Belegschaft des Werkes, allen Arbeitern und Angestellten, dem Betriebsrat und insbesondere auch den Mitgliedern des Vorstandes „für die sachlich hervorragende, pflichttreue Arbeit während des letzten Geschäftsjahres".

Schlagworte, die Verwirrung stiften

Im Anschluß daran ging Direktor Butschkau dazu über, sich mit gewissen Grundproblemen auseinanderzusetzen, die in der Diskussion über die ungewisse wirtschaftliche Lage immer wieder auftauchen. Voranstellend sagte er: „Wir entwickeln in unserer Vorstellungswelt von den tatsächlichen Zusammenhängen in der arbeitsteiligen Wirtschaft laufend neue Begriffe, deren Lebensdauer in der Schnelligkeit unserer Tage unterschiedlich ist, die aber doch — wenn sie zum Schlagwort zu werden drohen — viel Unheil stiften können."

Als zu den Begriffen dieser Art gehörig bezeichnete er neben dem Wort „Kosteninflation" die Funktionsbegriffe „Produktivität" und „Wachstum", die, wie er sagte, beide ungewöhnlich oft in diesen Monaten die Äußerungen amtlicher Stellen, bekannter Publizisten und auch Politiker würzten.



Gerade das Wort „Produktivität", obwohl sehr viel gebraucht, werde von bekannten Nationalökonomen als „schwankend" und „schwammig" bezeichnet. Gleichwohl aber habe dieses Wort sich bisher gehalten und umfasse gewisse Vorstellungsinhalte, die dringend einer klaren Abgrenzung bedürften. So fänden sich in fast allen Geschäftsberichten der Grundstoffindustrien, so auch in dem der HOAG, bestimmte Leistungszahlen, die z. B. das Verhältnis der Zahl der Arbeiter pro Tonne Produktion, oder die Tonnenzahl pro Arbeitsstunde ausdrücken, oder Statistiken, die das Gesamtprodukt des Unternehmens nur dem Produktionsfaktor „menschliche Arbeit" in Beziehung setzen. Solche Kurven seien sicherlich interessant. „Jedem Kenner der Verhältnisse, insbesondere den Belegschaften, aber ist es klar, daß die Entwicklung solcher statistischer Daten natürlich von vielen Faktoren abhängig ist, wie z. B. von großen kostspieligen Investitionen wie der Einführung arbeitsersparender oder gar vollautomatischer Maschinen; bei der Stahlerzeugung aber auch etwa durch Veränderung im Einsatz von Roheisen, Verwendung von Sauerstoff bei der Rohstahlerzeugung, Verschiebungen vom Thomas- zum Siemens-Martin- bzw. Rotor-Stahl, aber auch durch Typenbeschränkungen usw." Dies alles sei bei einer Erörterung der „Produktivität" zu berücksichtigen. Deshalb sei eine exakte wirtschaftswissenschaftliche Definition solcher Begriffe, nicht zuletzt um zu allgemeingültigen Vergleichswerten zu kommen, unbedingt notwendig.

Im Gegensatz zur Kredit- und Finanzpolitik, deren Wirkungen auf das gesamte wirtschaftliche Geschehen mit ziemlich guten Methoden ausreichend zu beurteilen seien,

ThyssenKrupp Corporate Archives

herrsche doch allgemein auf diesem Gebiet eine weitgehende Unsicherheit. Dies sei deshalb so bedenklich, weil für die Nutzbarmachung einer sogenannten „gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung" leicht Pläne auftreten könnten, die die nachteiligen Folgen haben würden, die Stabilität des Geldwertes zu berühren. Feste Kaufkraft des Geldes ist und bleibe jedoch die tragende Basis unseres ganzen Sozialkörpers und seiner freiheitlichen Ideale. Dies werde in zunehmendem Maße von allen Bürgern der europäischen Staaten anerkannt, in unserem Falle insbesondere von beiden Sozialpartnern. Die sogenannte „Geldwertstabilität", d. h. die stabile Kaufkraft des Geldes, habe also den Vorrang vor allen anderen wünschbaren Zielen. Nun spiele bei diesen Zielen, gleichgültig ob sie Vollbeschäftigung, höchstmöglicher oder größtmöglicher Ertrag hießen, der Produktivitätsbegriff eine große Rolle. Deshalb müsse man sich nun endlich einmal klar darüber werden, was eindeutig darunter zu verstehen sei und wie dieser Begriff vernünftig angewendet werden könne.

„Wachstum um jeden Preis" ist gefährlich

Ähnlich sei es mit einem anderen Begriff aus unserer modernen Vorstellungswelt, dem Begriff „Wachstum" oder „volkswirtschaftliches Wachstum". Nach Beratungen mit Nationalökonomen von Ruf, führte Direktor Butschkau aus, sei er zu dem Ergebnis gekommen, daß auch dieses Wort zurückzuführen sei auf John Maynard Keynes, den Vater der Vollbeschäftigungstheorie. Bei seinen Ratschlägen, wie durch Einsatz konjunkturpolitischer Mittel Vollbeschäftigung erreicht werden könne, aber sei Keynes allzusehr von der Krise 1929/31 ausgegangen, auf die viele amerikanische Wirtschaftler heute noch wie hypnotisiert zu schauen schienen. Um einer solchen Deflation zu begegnen, forderten sie ständiges „Wachstum". Die Deflation aber sei gar nicht so sehr das Problem unserer Tage, sondern vielmehr der polare Gegensatz, die Geldwertaufweichung. Selbstverständlich müsse in der Situation, in der wir uns befänden, ständiges Wirtschaftswachstum sein, d. h. auf längere Sicht müßten Sozialprodukt und Lebensstandard steigen, denn sonst würde bei wachsender Bevölkerung der Standard pro Kopf ständig zurückgehen. Überhaupt müsse jeder, der unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erhalten wolle, zu der Idee des Wirtschaftswachstums positiv stehen. Ein vernünftiges Wachstum aber dürfe den Geldwert nicht berühren, müsse „geldwertneutral" sein. Das könne man nur erreichen, wenn auf Zeiten konjunkturellen Preisanstiegs auch wieder eine Zeit entsprechender Preiskorrekturen nach unten folge; denn sonst ergebe sich längerfristig jene Preistreppe, die man schleichend nenne und die uns ins Unglück führe. Auf die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung habe kürzlich der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Blessing, mit dem reizenden Vergleich hingewiesen, die Entwertung des Geldes ähnele einer Nymphe, die sich nicht mit einem leichten Flirt begnüge. Butschkau also sprach sich aus für ein langsameres Wirtschaftswachstum bei stabilem Geld, das — wie er sagte — einem „Wachstum um jeden Preis" ohne die erforderliche Stabilität der Kaufkraft, nicht zuletzt aus sozialpolitischen und politischen Gründen vorzuziehen sei.

Auch bei wilderer See gleichmäßiger Kurs

Nach einem kurzen Exkurs auf das Gebiet der Währungspolitik, wobei der Redner die Stabilität des Geldwertes als die wichtigste wirtschafts- und finanzpolitische wie auch sozialpolitische Aufgabe hinstellte, beschloß Direktor Butschkau seine Ausführungen mit den Worten: „Lassen wir uns, wie von einem Kompaß, auch für die Wirtschaftspolitik unserer HOAG von solchen Erkenntnissen leiten, so werden wir uns auch in Zukunft von Übertreibungen fernhalten, in der großen Linie maßvoll bleiben und bei vielleicht etwas wilderer See einen relativ gleichmäßigen Kurs unter der Führung unseres Vorstandes und der ausgezeichneten Mannschaft des Schiffes steuern können."

HOAG im Spiegel der Presse

„Die Welt", Hamburg: „Der Vorschlag einer unveränderten Dividende von 9 Prozent ist an den Börsen zum Teil als enttäuschend beurteilt worden. Es war jedoch von vornherein anzunehmen, daß die Entscheidung nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung im neuen Geschäftsjahr erfolgt war. In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres, also im letzten Kalenderquartal 1958, hat die HOAG nicht viel mehr als Abschreibungen und Zinsen verdient."

„Frankfurter Allgemeine Zeitung", Frankfurt: „Vielleicht kann man sagen, daß bei der Hütte Oberhausen im Vergleich zur allgemeinen Entwicklung in der Stahlindustrie das Geschäftsjahr 1957/58 »einigermaßen gut gelaufen« ist. Der Umsatz blieb mit 767 nach 770 Millionen DM fast unverändert, wobei der Exportanteil von 23 auf 20 Prozent zurückfiel. Die ersten drei Monate des laufenden Jahres aber zeigen schon ein wesentlich ungünstigeres Bild. Schon der Geschäftsbericht deutet in diese Richtung. Die Walzstahl-Erzeugung ging bereits in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres insgesamt zurück. Der Auftragseingang an Walzstahl-Fertigerzeugnissen schrumpfte auf 72,5 Prozent des Fremdversandes gegen 119,4 Prozent des Vorjahres."

„Westdeutsche Allgemeine", Essen: „Die erste Stahlbilanz zum 1. September 1958, die von der Hüttenwerk Oberhausen AG vorgelegt wurde, bestätigt die Verschlechterung der Ertragslage in der Stahlindustrie. Dabei steht dieses Unternehmen, das über ein Drittel seines Walzstahls an den GHH-Aktienverein liefert und damit den alten Konzernverband aufrechterhält, noch besonders günstig da."

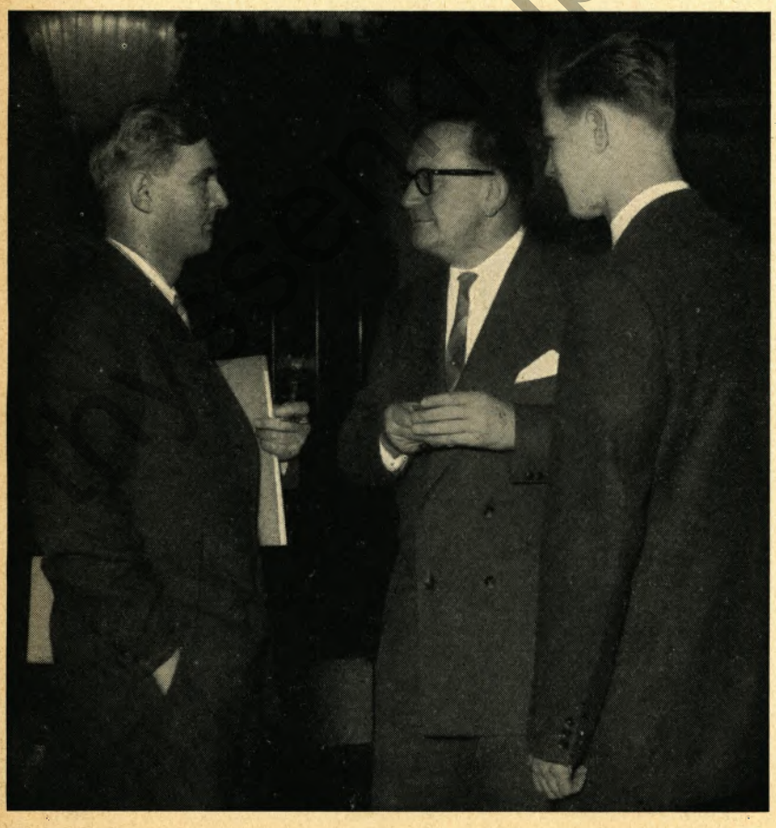
„Rheinische Post", Düsseldorf: „Der ‚einigermaßen gute Verlauf' des Geschäftsjahres 1957/58 war auch für die Beschäftigten der HOAG insofern gut, als die Gesellschaft im Gegensatz zu den meisten anderen Ruhr-Hütten im Berichtszeitraum ohne Entlassungen und Kurzarbeit ausgekommen ist."

„Der Kurier", Berlin: „Der Geschäftsbericht der HOAG verweist darauf, daß sich die Erträge in der Stahlindustrie verschlechtert haben. Weder Materialeinsparungen und Rationalisierungserfolge noch die Eisenpreiserhöhung vom November 1957 haben den scharfen Rückgang der Exporterlöse ausgleichen können. Weitere Belastungen sind der Hütte entstanden durch die geringere Ausnutzung der Kapazitäten und sonstige Kostensteigerungen."

„Hamburger Echo", Hamburg: „Die noch relativ günstige Entwicklung der HOAG dürfte vor allem auf das vielseitige Walzprogramm zurückzuführen sein."

„Süddeutsche Zeitung", München: „Im letzten Quartal 1958 sind bei der HOAG der Versand von Walzstahl um 17 Prozent und die Wertumsätze um 21,2 Prozent zurückgegangen. Gegenwärtig sind in Oberhausen noch alle Hochöfen in Betrieb. Bei weiterer Flaute aber wird die Stillegung eines Hochofens nicht zu vermeiden sein. Dennoch aber wird von der HOAG die Entwicklung auf längere Sicht mit Zuversicht beurteilt."

Es ist erfreulich, daß unter den an der Hauptversammlung teilnehmenden Aktionären sich in zunehmendem Maße auch Werksangehörige befinden. Und zwar waren dies in der Hauptsache Angestellte, doch fiel uns besonders Johannes Buschmann auf, seit dem 1. März d. J. Leiter unserer Werksgärtnerei, der zur Zeit der Hauptversammlung aber noch im Arbeiterverhältnis stand. Auf unserem Foto sieht man ihn (links) im Gespräch mit einem anderen Aktionär. Es wäre zu begrüßen — und eine solche Entwicklung wollen wir nach besten Kräften unterstützen — wenn möglichst viele unserer Belegschaftsmitglieder die Vorteile des Wertpapiersparens erkennen würden. Die Sparkasse und die Banken geben jedem, der sich über Fragen des Wertpapiersparens beraten lassen will, gerne Auskunft.



Die Aussprache mit den Aktionären

Nachdem der Aufsichtsratsvorsitzende den Geschäftsbericht sowie seinen Vortrag über die Lage des Werkes zur Aussprache gestellt hatte, meldete sich zunächst ein Aktionär zu Wort, der u. a. an die Verwaltung appellierte, aus Anlaß des zweihundertjährigen Jubiläums der GHH einen Jubiläums-Bonus von zwei Prozent an die Aktionäre auszuschütten. — — Direktor Butschkau antwortete hierauf, daß es eine Jubiläums-Dividende seines Wissens bisher noch bei keiner deutschen Aktiengesellschaft gegeben habe. Nutznießer eines Jubiläums sei — „berechtigt", wie er hinzufügte — vielmehr die Belegschaft, weil es vor Jahren gelungen sei, „die Steuerfreiheit für Jubiläumszahlungen an die Belegschaft dem sonst sehr habgierigen damaligen Bundesfinanzminister aus den Zähnen zu ziehen". Die Verwaltung könne daher der Anregung des Aktionärs nicht folgen.

„Kleine Opposition" wegen Dividendenhöhe

Ein anderer Aktionär, der mit der Höhe der Dividende nicht einverstanden war, ließ zu Punkt 2 der Tagesordnung „Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns" durch einen Bankvertreter Protest einlegen. Begründet wurde der Protest mit „der seit Jahren aktionärs-unfreundlichen Haltung der Verwaltung". Auf Grund dieses Protestes wurden zu Punkt 2 sowie auch zu Punkt 3 der Tagesordnung „Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats" insgesamt 80 Gegenstimmen zu Protokoll gegeben.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung lautete „Wahl zum Aufsichtsrat". Die Wahl war erforderlich geworden, weil August Jürs, der seit zehn Jahren als Vertreter der Arbeiter dem Aufsichtsrat angehörte, mit seiner Pensionierung aus dem Aufsichtsrat ausschied. Direktor Butschkau gab in herzlichen Worten der Anerkennung für August Jürs Ausdruck, den er als „dienstältestes Mitglied des Aufsichtsrats" bezeichnete, der außerdem 50 Jahre dem Werk als Arbeiter angehörte. Anstelle von August Jürs wurde Heinrich Verhoeven von der Hauptversammlung ohne Gegenstimmen in den Aufsichtsrat gewählt. Er war vorgeschlagen worden vom Betriebsrat im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gemäß § 6 des Mitbestimmungsgesetzes, zumal Heinrich Verhoeven bereits auf Grund von § 39 des Aktiengesetzes durch Beschluß des Amtsgerichts Oberhausen vom 26. September 1958 als Ersatzmann an die Stelle von August Jürs getreten war.

Im Namen der Aktionäre sprach Herr Dr. Franz Haniel, München, ein Angehöriger der Gründerfamilie dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie der Belegschaft Dank für die geleistete Arbeit aus.

Dr. Haniel unterstrich noch einmal, daß die anfangs schon von Direktor Butschkau erwähnte Zusammenführung von Kohle und Stahl im Bereich der alten Gutehoffnungshütte wirtschaftlich notwendig und richtig gewesen sei.

Thyssen Corporate Archives

Wir brauchen Dr. Klaus J. Bohr, Mitarbeiter des Arbeitsdirektors, der Belegschaft wohl kaum noch besonders vorzustellen. Durch verschiedene soziologische Untersuchungen, die auch über den Rahmen des Werkes hinaus Beachtung fanden, ist er bekannt geworden. In einem Vortrag im „Haus der Technik" in Essen hat er anhand genauen Materials, das auf eigenen Erfahrungen in amerikanischen Betrieben, seine Arbeit im Bundesarbeitsministerium in Washington sowie im American Iron and Steel-Institut in New York basiert, einmal aufgezeichnet, wie sehr die Unfallverhütung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie gegenüber der in den englischen und amerikanischen Werken zurück ist. Das Ergebnis des von Dr. Bohr gegebenen Situationsberichts ist so alarmierend, daß wir uns ernsthaft Gedanken machen müssen, wie der für uns so verhängnisvollen Entwicklung beizukommen ist. Gerade bei der gegenwärtigen schwierigen Situation sollten wir uns fragen, ob wir durch eine mangelhafte Unfallverhütungspraxis Gesundheit und Geld zu verschenken haben. Ein Gespräch, das wir über diese brennenden Fragen mit Dr. Klaus J. Bohr geführt haben, geben wir nachstehend wieder.

KÖNNEN WIR UNS DAS LEISTEN?

Werkzeitschrift: Herr Dr. Bohr, Sie haben kürzlich in Essen — es war wohl eine Veranstaltung der Gewerbeaufsicht, der Vereine deutscher Revisions- und Sicherheitsingenieure und des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften — einen Vortrag gehalten, der Aufsehen erregen muß. Sie haben berichtet über unfallstatistische Vergleiche der Stahlindustrie auf übernationaler Ebene und erheben den Vorwurf gegen die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, daß sie, an internationalen Maßstäben gemessen, auf dem Gebiete der Unfallverhütung weit hinter der sonstigen Entwicklung zurückgeblieben sei. Würden Sie diesen Vorwurf in dieser Form aufrechterhalten?

Dr. Bohr: Man sollte nur die Tatsachen für sich sprechen lassen. Und die sehen so aus, daß im letzten Jahr in der deutschen Stahlindustrie ein Unfall schon auf weniger als sechs Beschäftigte kommt, in der englischen Stahlindustrie auf 18 Beschäftigte, in der US-Stahlindustrie jedoch nur auf 144 Beschäftigte.

Werkzeitschrift: Sind solche Vergleiche, der Genauigkeit wegen, überhaupt sinnvoll? So leidet, wie Sie selbst sagten, die deutsche Unfallstatistik unter dem Mangel, nicht das gesamte Unfallgeschehen zu erfassen, sondern nur den sogenannten meldepflichtigen Unfall nach mehr als drei Tagen Arbeitszeitausfall. In den USA dagegen, wenn ich richtig orientiert bin, zählt ein Unfall bereits vom ersten Krankfeiertag an.

Dr. Bohr: Sie haben recht. Die Erfassungsmethoden sind in den Ländern leider verschieden; d. h., wir zählen noch nach einem System, das vielleicht vor 80 Jahren einmal brauchbar war, aber heute längst überholt ist. Unfall ist Unfall, und hier sollte selbstverständlich vom ersten Tage an gezählt werden. Nun ist es verhältnismäßig einfach, zu behaupten, andere Länder führten andere Statistiken, und deshalb könnten wir unsere Unfallstände nicht vergleichen. Bei entsprechend gründlichem Vorgehen findet man aber sehr wohl eine gemeinsame Basis, um die Unfallhäufigkeit gegenseitig abzuwägen. Nach unserem System umgerechnet, ist die Lage für 1958 etwa folgende:

Unfälle mit mehr als 3 Tagen Ausfall auf 1000 Beschäftigte im Monatsdurchschnitt:

Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft	12,3
England	4,3
Amerika	0,6

Noch realistischer aber im Zeitalter der Arbeitszeitverkürzungen ist eine Darstellung der Unfälle auf 1 Million verfahrener Arbeitsstunden. Denn sonst könnte ein Werk mit viel Bummelei, Feierschichten usw. unverdient günstig abschneiden, da seine Belegschaft verhältnismäßig kürzere Zeit der Unfallgefährdung ausgesetzt wäre.

Werkzeitschrift: Wenn wir diesen statistischen Maßstab, also die Unfallhäufigkeit auf 1 Million verfahrener Arbeitsstunden, zugrunde legen, wie steht dann die deutsche Stahlindustrie im Vergleich zu England und zu den USA?

Dr. Bohr: Auf 1 Million verfahrener Arbeitsstunden bezogen, haben die Engländer etwa 30 Prozent, die Amerikaner nur 4 Prozent Unfälle der deutschen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft zu verzeichnen.

Werkzeitschrift: Das ist ein verblüffendes Ergebnis, das man auf Anhieb kaum für möglich hält. — — Worin aber sehen Sie die Ursachen für einen solch krassen Unterschied – Zahlen, die uns geradezu beschämen? Liegt es etwa daran, daß der englische oder amerikanische Arbeiter dem Arbeitsschutz-Gedanken überhaupt positiver gegenübersteht? Liegt es am Sozialversicherungssystem in Deutschland? Oder ist es gar so, daß selbst die Werksleitungen drüben der Unfallverhütung mehr Beachtung schenken?

Dr. Bohr: Man kann diesen Vorsprung der anderen Länder nicht durch eine Tatsache allein erklären. Es sind eine Menge Dinge, die da zusammenkommen. Sie haben schon recht, wenn Sie vermuten, daß der englische und vor allen Dingen der amerikanische Arbeiter ein ganz anderes Sicherheitsdenken hat als unsere Leute; das geht von der Volksschule mit durch das ganze Berufsleben und äußert sich in seiner höchsten gesellschaftlichen Bedeutung in der jährlichen Konferenz, die Präsident Eisenhower für die Vertreter der in der Unfallverhütung erfolgreichsten Unternehmen gibt. Haben Sie schon einmal gehört, daß ein erfolgreicher Sicherheitsingenieur in der Bundesrepublik mit dem weiß Gott nicht sparsam verteilten Bundesverdienstkreuz geehrt worden ist, oder daß der Bundespräsident, der Bundeskanzler oder auch nur ein Bundesminister auf einer unserer Arbeitsschutzveranstaltungen zu finden waren? So ist es mit der gesellschaftlichen Stellung der Unfallverhütung bei uns bestellt.

Ein amerikanischer Betrieb könnte sich schon gegenüber der Öffentlichkeit keine hohen Unfallziffern leisten. Eine ganze Stadt würde gegen ein Werk rebellieren, von dem der Eindruck entstünde, es werde dort nicht unfallsicher gearbeitet. Hierzulande sind die Unfallangelegenheiten nicht einmal allen einschlägigen Fachgremien bekannt, geschweige denn einer breiten Öffentlichkeit.

Werkzeitschrift: Ist es nun vor allem die Erziehung, der Druck der öffentlichen Meinung, oder was würden Sie sonst noch als Gründe anführen?

Dr. Bohr: Einen weiteren Grund möchte ich lieber den ehemaligen Generaldirektor des größten Stahlkonzerns der Welt und jetzigen Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigung der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie, Benjamin F. Fairless, aussprechen lassen:

„Die betrieblichen Vorgesetzten haben die Grundverantwortung für die Sicherheit. Unser Gewissen verbietet es uns einfach, die Verantwortung für die Produktion von derjenigen zu trennen, die Produktion auch unfallsicher durchzuführen. Wir dürfen nicht nur Stahl produzieren, wir müssen Stahl hochwertiger Qualität herstellen, aber vor allem und in erster Linie müssen wir unfallsicher produzieren. Und, wie einer meiner Zeitgenossen neulich hinzufügte: ‚Wenn wir heute keine Unfallsicherheit gewähren können, sind wir nicht in der Lage, gut im Geschäft zu bleiben.' Diese Tatsache ist einfach und einleuchtend: Produktion muß unfallsichere Produktion sein."

In Amerika wird keiner betrieblicher Vorgesetzter, der nicht eine intensive Schulung in Sachen Unfallverhütung erfolgreich absolviert hat und darüber hinaus bewiesen hat, daß er fähig ist, seinen Arbeitsbereich unfallsicher zu führen. Die größte amerikanische Stahlfirma beispielsweise scheut keine Kosten, um in Gemeinschaftsarbeit von betrieblichen Vorgesetzten und allen Mitarbeitern alle Arbeitsgänge auf die sicherste Ausführungsweise hin analysieren und normen zu lassen.

Werkzeitschrift: Das sollte uns immerhin zu denken geben. Wir alle werden, wenn wir je an die amerikanischen Zahlen herankommen wollen, noch viel lernen müssen. Besser gesagt: umlernen oder umdenken müssen. — — Aber Sie sprachen in Essen auch andeutungsweise von den Unfallkosten. Liegen dafür international vergleichbare Zahlenwerte vor? Gemeint sind sowohl die direkten Kosten, durch die das Unfallgeschehen einen Betrieb belastet, als auch die indirekten Kosten.

Dr. Bohr: Ja, damit rühren Sie wohl an den Kern der ganzen Sache. Die deutsche Stahlindustrie ist offenbar der Ansicht, pro Jahr über 60000 Unfälle verdauen zu können, weil sie die Kosten derselben nicht oder nur bruchstückweise kennt. Als ich in Amerika unsere Unfallzahlen nannte, wurde mir einmal die sehr kennzeichnende Frage gestellt, wieso wir bei dieser Unfallhäufigkeit auf dem internationalen Markt überhaupt noch konkurrenzfähig sein könnten. — Unfallsicheres Arbeiten kostet Planung, Organisation, Personal — mit anderen Worten: Geld. Das scheint teuer zu sein. Es scheint es aber auch nur. Die Amerikaner haben in jahrelanger Kleinarbeit ihre Unfallkosten ermittelt und wissen daher, wie rentabel die Aufwendungen zum Zwecke der Unfallverhütung sind. Dort rechnen z. B. die Betriebsleiter monatlich der Werksleitung auch über ihre Unfallstände und vor allen Dingen auch über ihre Unfallkosten ganz genau ab. Und Sie können sich vorstellen, welche Auswirkungen das auf die unfallsichere Organisierung der Betriebe hat.

Werkzeitschrift: Können Sie irgendwelche Angaben über unsere Belastung durch direkte Unfallkosten wie Beiträge an die Berufsgenossenschaften, Beitragsleistungen an Betriebskrankenkassen u. ä. m. machen?

Dr. Bohr: Die HOAG allein zahlt pro Jahr fast 2½ Millionen DM an Beiträgen dieser Art, und man kann die Gesamtbelastung der deutschen Stahlindustrie durch direkte Unfallkosten jährlich auf über 70 Millionen DM einschätzen. D. h., wir verlieren Jahr für Jahr das Aktienkapital eines größeren Hüttenwerkes allein durch direkte Kosten.

Werkzeitschrift: Das ist aber doch wohl noch nicht alles?

Dr. Bohr: Selbstverständlich nicht. Denn dazu kommen ja jetzt noch die indirekten Kosten wie Arbeitszeitausfall des Verletzten, von Mitarbeitern und Vorgesetzten, Verwaltungsmehraufwand von Arbeitsschutz, Sanitätspersonal und Sozialabteilung; ferner materielle Hilfe wie Erste-Hilfe-Leistungen, Transport, Sonderleistungen an den Verletzten und schließlich Materialschäden und Produktionsverluste mit allen Konsequenzen. Nach amerikanischen Errechnungen betragen diese indirekten Kosten ein Mehrfaches der direkten Kosten.

Werkzeitschrift: Das sind ja sehr trübe Perspektiven für unsere vielgerühmte Rationalisierung und Produktivitätsentwicklung!

Dr. Bohr: Allerdings. Und vielleicht läßt sich das alles besser vorstellen, wenn man sich vor Augen hält, daß in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie Tag für Tag, Jahr für Jahr etwa 4000 Mann unfallkrank-feiern — also die gesamte Belegschaft eines kleineren Hüttenwerkes!

Werkzeitschrift: Aber könnte dies nicht damit begründet werden — zumindest drängt sich ein solches Argument auf — daß die Werke drüben technisch besser ausgerüstet sind?

Dr. Bohr: Das trifft für Amerika zu, für England schon nicht mehr. Die große Mehrzahl der Werke in den USA ist großzügiger geplant und hat uns gegenüber auch lagemäßige Vorteile. Wenn Sie allerdings die technische Seite berücksichtigt haben wollen, dann kommen wir nicht daran vorbei, einmal die Unfälle auf die Produktion zu beziehen. Und was dann herauskommt, ist für uns noch alarmierender: Es entfiel im Jahre 1956 1 Unfall in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie auf 467 t, in der englischen auf 1388 t, in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie auf 21344 t. Das bedeutet, daß die Engländer 3mal mehr Stahl erzeugen, bis es zu einem Unfall kommt, als wir, und die Amerikaner sogar 46mal mehr.

Werkzeitschrift: Danke, diese Antwort genügt. — — Aber sagen Sie uns noch kurz, ob wir auch bezüglich der Schwere der Unfälle ähnlich hoffnungslos ins Hintertreffen geraten sind. Denn ein Vergleich ohne Berücksichtigung der Unfallschwere wäre unvollständig und würde lediglich einen Aspekt des Unfallgeschehens beleuchten.

Dr. Bohr: Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Unfällen, die Engländer und Amerikaner aufweisen, ist der Anteil der schweren Unfälle etwas höher als bei uns; allerdings auch nur der Anteil und nicht etwa die absolute Zahl. In der ganzen amerikanischen Stahlindustrie mit ihren 625000 Mann kommen jährlich 95 Menschen zu Tode, während es bei uns etwa 130 sind bei sehr viel weniger Beschäftigten — ohne die tödlichen Unfälle der Unternehmerleute noch hinzuzuzählen. Die englische Stahlindustrie hat weniger als die Hälfte unserer tödlichen Unfälle.

Werkzeitschrift: Aber läßt nicht gerade dieses Ergebnis den Verdacht aufkommen, daß insbesondere in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie nur schwere und schwerste Unfälle zur Meldung gelangen und alle leichten bzw. nicht so schwer Verletzten in Arbeit gehalten werden und damit in der Statistik nicht auftauchen?

Dr. Bohr: Das ist ein gern gebrauchtes Argument von jenen Leuten, die nicht die Fülle der Maßnahmen und Bemühungen berücksichtigen, die anderswo hinsichtlich der Unfallverhütung gemacht werden. Die Amerikaner haben sogar anteilmäßig kaum weniger leichte Bagatellunfälle in ihren an sich schon extrem niedrigen Unfallzahlen als wir in unseren hohen: nämlich 15 Prozent. Sagt es nicht genug, wenn dort im Laufe von fünf Jahren die tödlichen Unfälle um 26 Prozent und die Vollrentenfälle um 29 Prozent gesenkt werden konnten, während bei uns über die ganzen letzten Jahre hinweg weder die tödlichen noch die rentenpflichtigen Unfälle nennenswert zurückgingen.

Werkzeitschrift: Ja, das leuchtet ein. — — Zusammenfassend darf man wohl sagen, daß wir uns alle noch gewaltig anstrengen müssen. Sie sind beispielsweise der Meinung, daß wir als Werkzeitschrift noch mehr tun könnten, um — sagen wir — dem Arbeitsschutz-Gedanken weiter zum Durchbruch zu verhelfen. Es scheint, als ob wir auch in dieser Hinsicht insbesondere von den Amerikanern noch viel lernen könnten. Aber nicht zuletzt interessiert diese Frage, weil uns in der Öffentlichkeit verschiedentlich der Vorwurf gemacht wurde, zuviel in Unfallverhütung zu machen.

Dr. Bohr. Über Einzelvorschläge vielleicht später noch einmal mehr. Gegenüber dem naiven Vorwurf, die Werkzeitung würde zu sehr „in Arbeitsschutz machen", kann ich nur einen Slogan nennen, der sich mir drüben eingeprägt hat:

„Lieber hundertmal über einen Unfall reden, als ihn auch nur ein einziges Mal wiederholen."

Sprachrohr der Belegschaft

Wem gebührt die Ehre?

Wenn Oberbergrat Albert das Drahtseil 1833/34 erfunden hat, wie konnte dann 1842 Ingenieur Roebling als Erfinder anerkannt werden und ein Patent auf Drahtseile bekommen? In dem Buch „Die Erbauer der Brücke" (D. B. Steinmann) ist die dramatische Lebensgeschichte John Roeblings und seines Sohnes niedergelegt. Sie ist gleichzeitig die dramatische Geschichte der Brooklyn-Brücke.

Heinz Losekamm,
Abteilung Verkehr NO

Anm. d. Red.: Nach vorliegenden Aufzeichnungen sollen schon die Römer Stränge aus geflochtenen Drähten zum Heben von Lasten verwendet haben, wie ein in Pompeji gefundenes Seil aus 15 Bronzedrähten beweist. Auch in früheren Jahrhunderten wurden Drahtseile zur Bewegung von Erdmassen beim Festungsbau gebraucht, beispielsweise 1644 beim Bau von Danzig. Die richtige Konstruktion und Anwendung eines Drahtseils aber aus Litzen und Drähten, wie es im Prinzip noch heute zusammengesetzt ist, bleibt unbestreitbar das Verdienst von Oberbergrat Albert. Wir sagten bereits in unserem Bericht „125 Jahre Drahtseil": „Hätte der Clausthaler Oberbergrat aus seiner Idee finanziellen Nutzen gezogen, wäre er gewiß ein steinreicher Mann geworden." Albert hatte aber nie die Absicht, ein Patent anzumelden. Es ist daher gut möglich, daß sich Johann August Roebling in der Neuen Welt die Verwendung der Drahtseile zum Brükkenbau patentieren ließ, zumal ein wirksamer Patentschutz zwischen den einzelnen Staaten und besonders aber zwischen Amerika und Europa damals noch nicht existierte. Nach eigenen Angaben der Firma John A. Roebling's Sons Company im Vorwort zu ihrem Drahtseilkatalog wurde das erste Seil durch Roebling im Jahre 1840 hergestellt, also sechs Jahre später als das Albertsche Geflecht. Roebling, der in Pittsburgh lebte, versuchte ebenfalls im Jahre 1840 mit Erfolg den Bau einer Hängebrücke. Im Jahre 1869 begann er mit dem Bau der East-River-Brücke in New York, die von seinem Sohn Washington Roebling 1883 vollendet wurde. Die Spannweite der Brücke betrug 480,3 Meter. Die Brooklyn-Brücke, die wir auf unserem Bilde zeigen, war die letzte Konstruktion Johann August Roeblings. Roebling ist übrigens von Geburt aus Deutscher. Er wurde 1806 in Thüringen geboren, wanderte 1831 nach Amerika aus und befaßte sich dort zuerst mit der Konstruktion von Schiffsdampfkesseln, ehe er sich dem Brückenbau zuwandte.

Zweierlei Maß

Viele Kollegen, am meisten die fußballbegeisterten, können die Grundsätze der Sozialabteilung nicht mehr verstehen. Im Werk gibt es eine ganze Reihe von Sportgemeinschaften, die zum Teil im Oberhausener Firmensport sogar durch beachtliche Erfolge von sich reden machen. Diese Mannschaften aber sind völlig auf sich selbst angewiesen. Vom Werk werden sie in keiner Weise unterstützt. Tatsächlich hat sogar der sonst so engherzige DFB den Firmensport gutgeheißen, sofern er dem Spielbetrieb der Vereine samstags oder sonntags nicht ins Gehege kommt. Soweit ist die Einstellung der Sozialabteilung ja noch zu verstehen. Warum aber wird mit zweierlei Maß gemessen? Wenn man nämlich die Oberhausener Tageszeitungen aufschlägt, liest man immer wieder von der HOAG-Schachgruppe.

Wie ich in Erfahrung bringen konnte, gilt diese Schachgruppe sogar als ordentlicher Werksverein, wird vom Werk nicht nur geduldet, sondern sogar finanziell unterstützt. Sogar ein sogenannter „Pate" soll der Schachgruppe vom Werk zur Seite gestellt worden sein. Warum das? Sind Fußball spielende Kollegen der Sozialabteilung weniger wert als Schach spielende?

H. M., Blechwalzwerk

Anm. d. Red.: Die vom Werk an Vereine gegebenen Unterstützungen waren und sind als Starthilfen gedacht, die — vor allem in den schweren Nachkriegsjahren — die Vereine in die Lage versetzen sollten, Belegschaftsmitglieder zur sinnvollen Betätigung in ihrer Freizeit zusammenzufassen. Wir freuen uns, daß wir auf diese Weise zur Bildung eines gesunden geselligen Lebens unserer Mitarbeiter beitragen konnten. Mit der Normalisierung der Lebensverhältnisse jedoch, mit Erstarken der meisten damals gebildeten Gruppen durch den erfreulich großen Mitgliederzuwachs, gedenkt das Werk, sich allmählich aus dieser Form der Unterstützung zu lösen, die ja auch ein gewisses Maß an Abhängigkeit der Vereine vom Werk zwangsläufig mit sich bringt. — In diesem Zusammenhang darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß auch schon im Oberhausener Firmensport aktive Fußballgruppen unseres Werkes anläßlich besonderer Ereignisse eine Unterstützung erhielten.

„Künstler unter uns"

Unsere Werkzeitschrift „Echo der Arbeit" kann meines Erachtens für sich in Anspruch nehmen, wesentlich mehr zu sein, als ein betriebliches Nachrichten- und Mitteilungsblatt im gewöhnlichen Sinne. Ich studiere sie mit Interesse und erbaue mich vor allem an der kunstvollen Aufmachung und Zusammenstellung. Die Schrift würde den einzelnen Betriebsangehörigen aber wahrscheinlich noch persönlicher ansprechen, wenn in ihr Werksangehörige mit eigenen schönen Beiträgen zu Wort kämen. So weiß ich, daß eine andere Werkzeitung unter dem Leitwort „Künstler unter uns" den Ergebnissen künstlerischen Privatschaffens der Betriebsangehörigen Raum gibt und damit gleichzeitig zur musischen Feierabendnutzung anregt.

Wolfgang Kramer,
Hochöfen

Anm. d. Red.: In unserer Weihnachtsausgabe ist bereits gesagt worden, daß wir demnächst vorhaben, in der Werkzeitschrift mehr auf den Freizeitgedanken einzugehen. Dabei denken wir aber nicht an eine Organisation der freien Stunden, indem wir mehr oder weniger gute Steckenpferde als Zeitvertreib anpreisen wollen, damit sich jedermann ihrer bedienen kann. Vielleicht werden wir mit Notizblock und Kamera Steckenpferdreiter aufsuchen, um über ihre „Lieblinge" zu berichten.

Nähmaschine, Kühlschränke und Sicherheitsschuhe verlost

Für das letzte Quartal des Jahres 1958 hat sich inzwischen in Oberhausen und Gelsenkirchen die Glückstrommel gedreht. Dabei wurden insgesamt 275 Paar Sicherheitsschuhe, zwei Kühlschränke und eine Nähmaschine verlost.

In Oberhausen fand die Verlosung von 245 Paar Sicherheitsschuhen am 2. Februar 1959 in Anwesenheit von Mitgliedern des Betriebsrates, von Unfallvertrauensmännern und Belegschaftsangehörigen statt. An dieser Verlosung waren auf Grund ihres Unfallrückganges im vierten Quartal 1958 die Betriebsbereiche Stahlwerk, Blechwalzwerk und die Abteilung Verkehr beteiligt. Von den Meistergruppen dieser Betriebsbereiche, die einen wesentlichen Anteil an dem günstigen Unfallstand hatten, wurden die Prämienkarten der Belegschaftsangehörigen in die Glückstrommel geworfen, um die glücklichen Gewinner zu ermitteln. An der Verlosung waren die Mitarbeiter der nachstehenden Meistergruppen beteiligt:

Meister Liesenfeld (Gruppe 26), Meister Rothe, Meyer, Sachs (34), Meister Scholl (35), Meister Rump (40), Meister Kürten (79), Meister Smaak (85), Meister Wirth (91), Meister Freisenhausen (92), Meister Paffendorf (96), Meister Funke (97), Bahnhofsvorsteher Drießen (120 und 120c), Bahnhofsvorsteher Feith (121b), Meister Lamberti (124 und 124a) und Meister Hicking (125). — Allen Gewinnern wurde inzwischen ein Entnahmeschein zum Bezug von ein Paar Sicherheitsschuhen nach freier Wahl ausgehändigt.

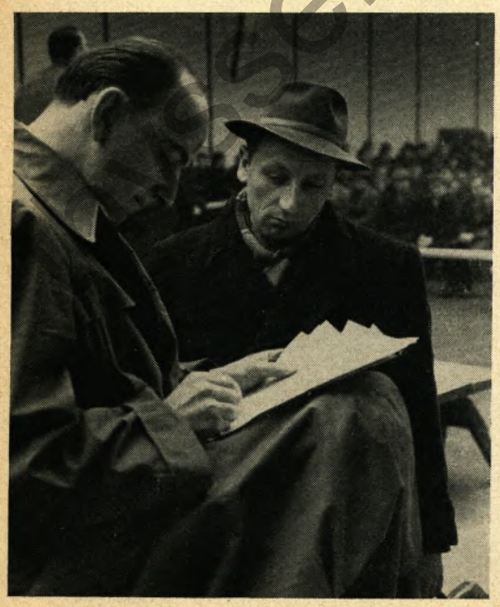
In Gelsenkirchen wurden während der Belegschaftsversammlung am 23. Januar 1959 zwei Kühlschränke und eine Nähmaschine verlost. Einer dieser Kühlschränke wurde dem Werk auf Grund des Unfallrückganges vom Dezember 1958 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Den ersten Kühlschrank gewann Ludwig Karbowiak aus der Mechanischen Werkstatt, die mit zu den besten Prämiengruppen gehörte. Ludwig Karbowiak ist der Sattler unseres Betriebes. Das Los für die Nähmaschine fiel auf die beste Prämiengruppe, die Stangenrichterei. Gewinner ist Walter Sadlowski. An der Verlosung des zweiten Kühlschrankes waren alle Prämiengruppen beteiligt, denn nur durch die Anstrengung aller war die geringe Unfallquote vom Dezember vorigen Jahres möglich geworden. Der Kühlschrank fiel an Hans-Jürgen Grajewski.

Wiederum kann mit Freude festgestellt werden, daß zwei der Gewinne erneut in Prämiengruppen fielen, die bisher nicht an der Verlosung teilgenommen hatten. Nur die Stangenrichterei ist von Fortuna erneut bedacht worden.

Einige Tage vorher kamen in Gelsenkirchen 30 Paar Sicherheitsschuhe zur Verlosung. Die Prämiengruppen, die im vierten Quartal 1958 als auch im gleichen Quartal des Vorjahres unfallfrei gearbeitet haben bzw. eine Unfallsenkung aufzuweisen hatten, waren: Feldhaus (Gruppe 2), Fox/Heid (Gruppe 23) und Eversmeier (18).

Wir hoffen, daß die gewonnenen Sicherheitsschuhe dazu beitragen werden, unsere Arbeitskollegen vor schweren Zehenverletzungen zu bewahren.

▼ **„Die Nähmaschine hat meiner Frau noch gefehlt!" sagte Walter Sadlowski, dessen Name nach dem Losentscheid von Sicherheitsingenieur Marks notiert wurde.**



▼ **Ludwig Karbowiak reibt sich lachend die Hände: „So einen Kühlschrank gewinnt man schließlich nicht alle Tage, nicht wahr?" Rechts Arbeitsschutzhelfer Kroll.**

▼ **„Wenn jetzt die Tür aufgeht, dann macht meine Mutter riesengroße Augen", meinte der Gewinner des zweiten Kühlschrankes, der 21 Jahre alte Hans-Jürgen Grajewski.**

Archiv Thyssenkrupp Corporate

Wie steht es um das Betriebsklima?

Es steht fest: Das Betriebsklima ist in letzter Zeit merklich rauher geworden. Insbesondere der „gute Ton", so stellte bereits Arbeitsdirektor Strohmenger in seiner Rede gelegentlich der letzten Jubilarfeier in aller Offenheit fest, läßt vielfach zu wünschen übrig, sowohl der Ton von oben nach unten als auch der Ton untereinander oder auch von unten nach oben. Das Verhältnis Vorgesetzter – Mitarbeiter ist allenthalben zu einem der schwierigsten menschlichen Probleme überhaupt geworden. Daß die Werksleitung dieser Tatsache keineswegs teilnahmslos gegenübersteht, sondern ernsthaft bemüht ist, das Betriebsklima zu bessern, ging aus dem Thema der letzten Vortragsabende im Rahmen der Betriebsgespräche der Meister und Assistenten hervor. Vor Betriebsleitern und -assistenten, Meistern und Meister-Anwärtern referierte Dr. Dirk Cattepoel, ein bekannter Sozialpraktiker, der in zahlreichen westdeutschen Industriebetrieben den verschiedensten Sozialproblemen nachgespürt hat, über den Einfluß der Menschenführung auf die Betriebsleistung. Der Referent, der die Erhaltung der Menschenwürde auch im Betrieb als den obersten Grundsatz aller Bemühungen um den Menschen hinstellte, gab eine Reihe von Anregungen, die um so mehr zu schätzen sind, da sie frei von Schreibtischtheorie sind, sondern unmittelbar erlebte Praxis darstellen. Die folgenden Zeilen, die Dr. Cattepoel für uns schrieb, stellen einen kurzen Abriß seines Vortrages dar.

Bisher war man vielfach der Meinung, man könne das Betriebsklima vor allem durch materielle und institutionelle Maßnahmen beeinflussen. Demgegenüber sei betont, daß solche materiellen und institutionellen Maßnahmen eigentlich nur dort und nur dann das Betriebsklima beeinflussen, wenn sie fehlen. Ein Beispiel hierfür: Sie haben keine Gaststätte in Ihrem Unternehmen, und so muß der Mitarbeiter Butterbrotpakete mit ins Büro nehmen oder gar einen Henkelmann. Das wird unangenehm empfunden und beeinflußt entsprechend das Betriebsklima. Sie richten deshalb eine Gaststätte ein, in der man zu einem verbilligten Preise seine Mahlzeit einnehmen kann. Darüber freut man sich zunächst. Nach einem Monat aber ist die Einrichtung eine Selbstverständlichkeit, und nach einem halben Jahr klagt man über das eintönige Essen. Ich möchte hier nun nicht meinen, daß sich wieder einmal das Sprichwort: „Undank ist der Welt Lohn" bewahrheitet. Vielmehr haben wir es hier mit einer Selbstverständlichkeit unseres Lebens zu tun. Auch wir selbst verhalten uns ja nicht anders. Wenn wir z. B. in einer Stadt ohne Kanalisation und ohne Telefon leben müßten, dann würden wir uns auch entsprechend beklagen und könnten von einem schlechten „Stadtklima" sprechen. Aber nun haben wir Kanalisation und Telefon. Werden wir dadurch in ein besseres Klima gehoben? So aber ist es mit allen materiellen und institutionellen Maßnahmen: sie werden nach und nach zu Selbstverständlichkeiten und auch als Selbstverständlichkeiten hingenommen.

Wie aber und wo entsteht das „Betriebsklima"? Darauf ist zu antworten: Das Betriebsklima entsteht am jeweiligen Arbeitsplatz durch die sachlichen und persönlichen Einwirkungen dort. Dabei bleibt festzustellen, daß die persönlichen Einwirkungen stets stärker sind als die sachlichen. Um so wichtiger wird es, diese persönlichen Einwirkungen genau zu beachten, und zwar mehr als es heute gemeinhin geschieht. Hier rückt dann der Vorgesetzte in den Mittelpunkt. Ich bin zwar kein großer Freund von einer zu differenzierten Betriebspsychologie, wohl aber glaube ich, daß eine Vorgesetzten-Unterweisung in Menschenbehandlung und Menschenführung zu den unausweichlich sozialpolitischen Erfordernissen unserer Zeit gehört. Damit ist kein tiefgründiges Studium gemeint, vielmehr wird sich eine solche Unterweisung vor allem mit den Selbstverständlichkeiten im täglichen Umgang mit Menschen befassen müssen. Meine Erfahrung geht jedenfalls dahin, daß die größten Schwierigkeiten im Umgang mit Menschen dadurch entstehen, daß man die elementarsten Regeln des Anstandes und der Höflichkeit nicht beachtet. Das fängt mit dem Morgengruß an und hört mit dem Abendgruß auf und durchläuft die ganze Skala der kleinen Alltäglichkeiten. Denn dies muß jetzt unbedingt gesehen werden: Das Betriebsklima wird vorwiegend durch die Beachtung oder Nichtbeachtung der Kleinigkeiten des Alltags bestimmt. Auch sonst im Leben ist das so! Eine Ehe z. B. wird nicht durch die großen Schicksalsschläge vergiftet, sondern durch die vielen kleinen Ärgernisse und Quälereien. Deshalb muß man bei jeder Vorgesetzten-Unterweisung für die Menschenbehandlung und Menschenführung auf diese Bedeutung der Kleinigkeiten hinweisen.

Wir haben in unserem Unternehmen vor einiger Zeit eine Belegschaftsbefragung durchgeführt und mit Überraschung festgestellt, wie hoch die Anerkennung der Leistung allseitig gewertet wird — weit über die Bewertung des Lohnes und des Gehaltes hinaus. Um so bedenklicher ist es, beobachten zu müssen, wie wenig von diesem so einfachen Mittel der Anerkennung in unseren deutschen Unternehmen Gebrauch gemacht wird. Jedenfalls haben wir bei der gleichen Belegschaftsbefragung ermittelt, daß nur 30 bis 40 Prozent von sich behaupten wollten, ihre Arbeit würde anerkannt. Es läuft nicht umsonst in deutschen Unternehmen das ironische Wort um, man werde eigentlich nur zweimal für seine Arbeit gelobt: das erste Mal erlebe man es, und das zweite Mal nicht mehr: bei seinem Jubiläum und bei seiner Beerdigung. Ich glaube, wir sollten diese Tatsache sehr wichtig nehmen, ganz einfach deshalb, weil sie vom Mitarbeiter selbst so wichtig genommen wird. Und warum wird sie von ihm wichtig genommen? Deshalb, weil er überall darauf bedacht ist, in diesem Massenbetrieb „Unternehmen" als Persönlichkeit anerkannt zu werden.

Dies führt zu weiteren Erkenntnissen. Herbert Gross hat einmal glücklich formuliert, man müsse unsere Arbeitnehmer zum Mitwissen, Mitdenken und Mitwirken bringen. Ich bin immer wieder überrascht, wie hoch der Arbeitnehmer das Mitwissen schätzt, wie großen Wert er darauf legt, informiert zu werden. Das gilt für alle Schichten des Unternehmens. Beim leitenden Angestellten beginnt das schon. Dabei glaube ich nicht etwas Falsches zu behaupten, wenn ich sage, wie wenig solche Information bereits bei den leitenden Mitarbeitern gepflegt wird. Wo man jedoch solche Information pflegt, erlebt man die Erfahrung, wie man damit Menschen verwandeln kann. Ich kenne ein Unternehmen, wo der Werksdirektor die Gewohnheit hat, jeden Mittag mit seinen leitenden Mitarbeitern gemeinsam zu essen. Das geschieht von 12.30 bis 13.30 Uhr. Von 13.30 bis 14.30 Uhr werden dann mit ihm, in Anwesenheit aller, sämtliche wichtigen Fragen erörtert und entschieden, die im Unternehmen anstehen. Oder es wird dieser oder jener Mitarbeiter aufgefordert, die Probleme seines Bereiches vor allen darzulegen. Dies ist eine sehr kleine Maßnahme, die dennoch auffallende Auswirkungen hat. Denn durch sie ist bei den leitenden Mitarbeitern ein Führungsbewußtsein entstanden, wie man es sonst kaum vorfindet. Außerdem weiß jeder alles von seinen Kollegen, und damit wird ein Überblick erreicht, der sonst niemals so vorhanden sein kann. Schließlich gibt es hier keine Möglichkeit zur Intrige, da der Werksdirektor nur in Gegenwart von allen anderen die wichtigen Fragen des Unternehmens erörtert.

Selbstverständlich ist dies alles nur als Beispiel und nicht als Rezept gesagt. Wohl aber scheint mir hier eine Anregung gegeben zu sein, wie man in seinem Bereich und nach der Art seines Unternehmens zu schöpferischen Formen der Information kommen kann.

Der nächste Schritt vom Mitwissen zum Mitdenken und Mitwirken ist freilich schwieriger, weil er die Aktivität des Mitarbeiters beansprucht. Doch zeigen die vorliegenden Erfahrungen, daß man auch hier zu schönen Erfolgen kommen kann. Überhaupt: Es steckt in unseren Mitarbeitern stets mehr als man zunächst vermutet. Das sollten wir in unseren deutschen Unternehmen mehr berücksichtigen. Gewiß, es gehört oft Mut dazu, einem Mitarbeiter Verantwortung zu übertragen. Und es gehört dazu auch Fingerspitzengefühl für die zumutbare Verantwortung. Ich habe jedoch immer wieder die Beobachtung gemacht, daß ein Mensch mit der Tatsache, daß man ihn des Mitdenkens und des Mitwirkens würdigt, auch sachlich-fachlich und menschlich wächst. Denn für ihn ist damit das Gefühl, nur Rädchen im Getriebe zu sein, durchbrochen. Er weiß sich als Persönlichkeit anerkannt. In jedem Fall ist es also eine wichtige Aufgabe, diese Delegierung von Verantwortung bewußt zu betreiben. Das ist moderne unternehmerische Sozialpolitik! Wir müssen los von jener gefährlichen Zentralisation der Verantwortung, die wir überall erleben, und von jener „Schubladenpolitik", die glaubt, man erschüttere seine Stellung, wenn man den anderen an der Verantwortung teilhaben läßt. Man ist eben im Betrieb nicht am mächtigsten allein, sondern am stärksten steht man dort, wo man als Führer einer vertrauensvoll mitwirkenden Gemeinschaft, eines echten Teams anerkannt ist. Denn damit arbeitet man für die Zukunft. Wir werden in unseren Unternehmungen von morgen keine einsame Befehls-Hierarchie, sondern nur noch eine Team-Hierarchie haben dürfen.

BUNTE LUFTBALLONS

Prallgefüllte Luftballons sind immer beliebt. Man kann allerlei Kurzweil damit anstellen. Als Kind ließ man diese farbigen Dinger an einer langen Schnur auf- und absteigen. Als man älter wurde, hängte man ein Kärtchen an und schickte den Ballon in die weite Welt mit der Erwartung, einmal eine freundliche Antwort zu erhalten. Der Schule entwachsen, hatte man auf Bällen seine Freude an den Tänzen, wo zwischen den Gesichtern des sich drehenden Paares ein bunter Luftballon schwebte. Aber auch die, die keinen Ballon besaßen, hatten ihren Spaß damit, weil es so schön knallte, wenn man mit der brennenden Zigarette einem solchen Ballon zu nahe kam. Sicherlich alles harmlose Vergnügen, die wenig kosten und viel Freude machen können.

Diese Vergnügen hören aber auf, harmlos zu sein, wenn Arbeitskollegen — wie es vor einigen Tagen geschah — diese bunten Ballons anstatt mit Luft mit Azetylengas füllten. Diese gefährlichen Ballons wurden an den Türklinken einiger Meisterstuben befestigt. Abwartend stand man dann in der Nähe, hoffend, daß schon einer mit einer brennenden Zigarette kommen würde, um diese Ballons zum Zerplatzen zu bringen. Und wirklich, es kam einer, der jedoch — in Ermangelung einer Zigarette — mit seiner Brennerpistole auf einen solchen Ballon schoß. Anstelle des sonst harmlosen Knalls gab es eine Explosion. Die auftretende Stichflamme führte zu Verbrennungen zweiten Grades an der linken Handfläche und den Fingern des unglücklichen Schützen. Aus Scherz wurde so bitterer Ernst.

Aus einem anderen Werk ist bekannt, daß Lehrlinge eine leere Zementtüte als Ballon benutzten und diese mit Azetylengas und Sauerstoff gefüllt auf das offene Schmiedefeuer einer großen Werkshalle legten. Ein gewaltiger Donnerschlag erschütterte die Halle, zertrümmerte die Fensterscheiben und beschädigte das Dach. Nervenschocks, zerplatzte Trommelfelle, Brandwunden und Prellungen brachten Werksarzt und Heilgehilfen zusätzliche Beschäftigung und dem Betrieb beachtliche Unkosten.

Nichts gegen harmlose Scherze, aber man sollte stets vorher überlegen, welche Folgen daraus entstehen können. Wer jedoch Azetylengas für solche Scherze verwendet, der sollte von den vernünftigen Arbeitskollegen zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Scherze gehen zu weit. Ho.

Bayer Leverkusen Corporate Archives

HOAG-Chronik

WERK OBERHAUSEN

Geburten:

17. 12.:
Heinrich Schneider, Sohn Heinz-Jürgen

1. 1.:
Heinrich Riepe, Tochter Bärbel

2. 1.:
Hans Breil, Tochter Petra; Alfred Klingels, Tochter Doris

3. 1.:
Hans-Dieter Baltes, Sohn Jörg; Eduard Rücker, Sohn Michael

4. 1.:
Klemens Minderjahn, Sohn Klemens; Leo Plewa, Sohn Leo-Lorenz

5. 1.:
Franz Bock, Sohn Rüdiger; Josef Gerigk, Tochter Elke; Hans Rduck, Tochter Barbara

6. 1.:
Friedrich Behrendt, Tochter Karin

7. 1.:
Friedrich Remmerde, Tochter Monika

10. 1.:
Willi Quint, Sohn Ulrich; Friedrich Zumberge, Sohn Ernst-Dieter

14. 1.:
Arthur Kauschitz, Sohn Norbert

17. 1.:
Werner Kalveram, Sohn Dieter; Johannes Ricken, Tochter Ursula

18. 1.:
Engelbert Jestädt, Sohn Ralf

19. 1.:
Heinrich Barmscheid, Tochter Dagmar; Walter Gaschler, Tochter Jutta; Friedrich Schipke, Sohn Ralf

20. 1.:
Wilhelm Behre, Tochter Petra; Gustav Migge, Sohn Gerd; Heinz Teuber, Sohn Frank

22. 1.:
Adolf Horwat, Sohn Rüdiger; Paul Hübner, Tochter Petra; Fritz Krauskopf, Sohn Manfred; Karl Unverferth, Tochter Silvia; Wilhelm Weber, Tochter Gabriele

23. 1.:
Franz Bluhmki, Sohn Ludger; Wilhelm Hegmann, Tochter Margret; Heinz Lux, Sohn Klaus; Aloys Prinz, Tochter Martina

24. 1.:
Peter Lüttig, Sohn Peter

26. 1.:
Willi Lüttgers, Sohn Ralf; Bruno Scheffler, Tochter Andrea

27. 1.:
Johann de Haas, Tochter Marion; Leopold Korb, Tochter Ute; Willi Müller, Tochter Christel

28. 1.:
Josef Mayer, Sohn Ralf

Eheschließungen:

4. 12.:
Friedhelm Gronau mit Brunhilde Seidel

16. 12.:
Gaudenz Edeler mit Anna Ebbert

20. 12.:
Gerhard Fruth mit Inge Knüppelholz; Barbara Springer mit Hans-Ludwig Hillebrand

23. 12.:
Helmut Welsch mit Brigitte Jansen

29. 12.:
Herbert Diendorf mit Heidi Hertlein

30. 12.:
Norbert Schiller mit Brigitte Saar; Günter Wesselburg mit Ingeborg Krys

31. 12.:
Hans-Josef Haselier mit Rita Wichmann

3. 1.:
Otto Becker mit Adelheid Roppel; Werner Jessa mit Walburga Zey; Karl-Heinz Schmidt mit Helga Böther; Konrad Zehn mit Ilse Roscheck

9. 1.:
Doris Köster mit Helmut Reichart; Manfred Soyk mit Christel Frese

13. 1.:
Horst Jankowski mit Anne-Marie Kurenbach

17. 1.:
Karl-Heinz Preiss mit Elsbeth Jost

19. 1.:
Gerhard Jansen mit Christel Prachowsky

WERK GELSENKIRCHEN

Geburten:

5. 1.:
Helmut Dlugas, Tochter Ulrike

6. 1.:
Josef Berghane, Sohn Dieter

12. 1.:
Bernhard Ugowski, Tochter Karin

14. 1.:
Kurt Ruhl, Sohn Bernd

Unsere Jubilare im Februar

40jähriges Dienstjubiläum:

Friedrich Bethke, Stahlwerke
Friedrich Brinkmann, Abteilung Verkehr
Karl Bungert, Hochöfen
Wilhelm Donkers, Maschinenbetrieb Hochöfen
Georg Ebest, Maschinenbetrieb Hochöfen
Paul Felchner, Maschinenbetrieb Hochöfen
Johann Floryzak, Baubetriebe
Hans Hoffmann, Werk Gelsenkirchen
Ferdinand Jüngst, Versuchsanstalt
Josef Kuhn, Elektrischer Betrieb
Johann Niemann, Abteilung Verkehr
Alfred Rehfäuter, Abteilung Verkehr
Leo Rodenstein, Wärmeabteilung
Jakob Scholl, Siemens-Martin-Werke
Friedrich Schulz, Wasserwerk

25jähriges Dienstjubiläum:

Johann Blum, Block- und Profilwalzwerke
Johann Dolata, Kraftwagenbetrieb
Hermann Dresenkamp, Kraftwagenbetrieb
Wilhelm Gondolf, Versuchsanstalt
Bruno Günther, Maschinelle Hilfsbetriebe
Friedrich Hartmann, Hochöfen
Josef Hütte, Elektrischer Betrieb
Ewald Klos, Maschinenbetrieb Hochöfen
Leo Knickhoff, Siemens-Martin-Werke
Heinrich Laaks, Gärtnerei
Andreas Nitka, Block- und Profilwalzwerke
Heinrich Pauly, Maschinenbetrieb Hochöfen
Wilhelm Schoenen, Block- und Profilwalzwerke
Friedrich Senger, Werk Gelsenkirchen
Lorenz Sulzbacher, Elektrischer Betrieb

Sie gingen von uns

22. 12.:
August Gehrmann, Pensionär

3. 1.:
Franz Urbaniak, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke

5. 1.:
Matthias Hillen, Pensionär

7. 1.:
Gerhard Fengels, Pensionär

8. 1.:
Anton Lösch, Pensionär; Wilhelm Wengenrod, Pensionär

9. 1.:
Friedrich Wohlgemuth, Werk Gelsenkirchen

16. 1.:
Heinrich Wegener, Block- und Profilwalzwerke

18. 1.:
Paul Keidel, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke

19. 1.:
Johann Schwarz, Pensionär

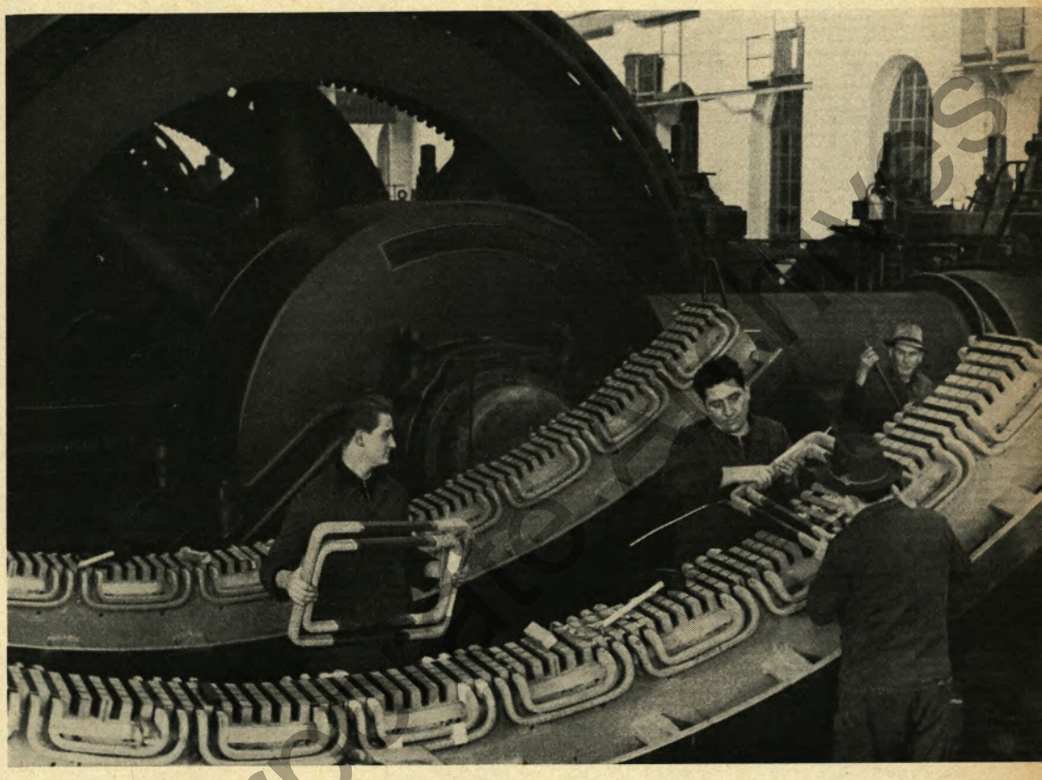
24. 1.:
Robert Schümann, Wasserwerk

26. 1.:
Günter Hendricks, Schlackensteinfabrik

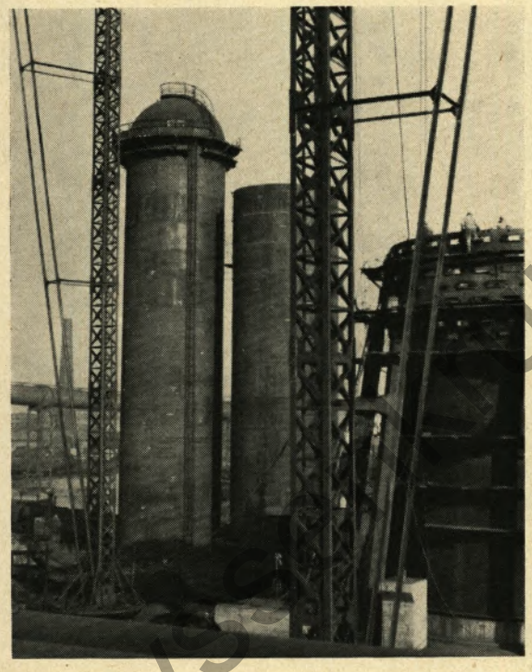
thyssenkrupp Corporate Archives

Schnappschüsse

Karten, Karten, nichts als Arbeitsschutz-Prämienkarten, die Lehrling Klaus-Peter Jannes auf einer Karre zur Lochkartenabteilung befördert, wo die Prämien in die Lohnabrechnung übernommen wurden. Rechts: Ursula Zimmermann.



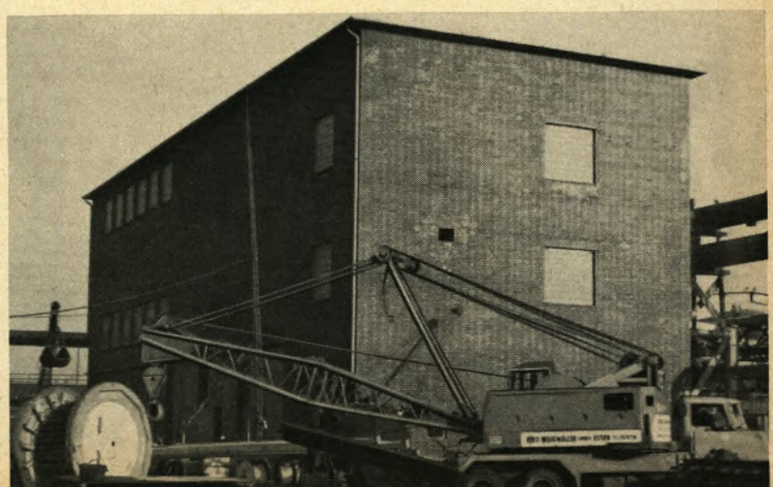
Die Mäntel der beiden ersten Winderhitzer für den im Bau befindlichen Hochofen „A" auf EO II stehen bereits. Unser Bild zeigt im Vordergrund rechts gleichzeitig den Stand der Bauarbeiten am Mantel des neuen Hochofens selbst.



Im Maschinenhaus I auf EO sind gegenwärtig Elektromonteure der Firma BBC damit beschäftigt, einen der riesigen Gasgeneratoren, die in unserem Werk zur Stromerzeugung dienen, mit neuen Wicklungen zu versehen. Mit den alten Wicklungen haben die Generatoren seit etwa 30 Jahren gelaufen. Die Erneuerung geschieht nach einem modernen Verfahren, das eine fast unbegrenzte Haltbarkeit der Wicklungen ermöglichen soll. Unser Bild zeigt Monteure beim Einsetzen und Verkeilen der bereits fertiggewickelten Gruppen. Die beiden Segmente des Generators, die vorn im Bilde zu sehen sind, ergeben zusammengesetzt erst die Hälfte einer Maschine, wie sie im Hintergrund sichtbar ist.

Ein Versuch, das Parlament der Stadt Oberhausen durch Jugendliche zu ersetzen, ist allen Unkenrufen zum Trotz ausgezeichnet geglückt. Die jungen Stadtverordneten lieferten sich Redeschlachten, die hinter denen der „Alten" nicht zurückzustehen brauchten. Ihre Beschlüsse zum Wohle der Stadt entsprangen nicht dem jugendlichen Überschwang, sondern waren zumeist die Folge ernsthafter Beratungen und langer Überlegungen. Auch die Verwaltung mußte ihre Stühle für die Jugend freimachen. Auf unserem Bild erörtert Jürgen Buchwald, der den Posten von Stadtdirektor Kuhnert (links) innehatte, ein „städtisches" Problem. Der 18jährige ist ab Ostern kaufmännischer Lehrling in unserem Werk.

Mit Beginn des Jahres wurde Hans-Joachim Schubert Hauptgeschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Dümpten. Schubert, der Rechts- und Staatswissenschaften studierte, ist seit 1949 in der Wohnungswirtschaft tätig. Zuletzt war er Geschäftsführer einer schleswig-holsteinischen Wohnungsbau-GmbH; außerdem betätigte sich Schubert als Landesarbeitsrichter in Hamburg.



Das neue Schalthaus des Martinwerkes steht in einer einzigen großen Baustelle auf dem ehemaligen Winkelplatz. Die Maurer haben das Gebäude inzwischen den Elektrikern übergeben, die zur Zeit eine 6-kV- und eine 25-kV-Hochspannungsanlage montieren. Von hier aus sollen später die Erweiterung des Martinwerkes II und die Schienenadjustage elektrisch gesteuert werden.

Krupp Corporate Archives